Zeitschrift: Argovia : Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau

Herausgeber: Historische Gesellschaft des Kantons Aargau

Band: 130 (2018)

Artikel: Mobilmachung, Knappheit, Teuerung, Mietnot, Grippe, Streik : Herausforderungen für die Stadt Baden zur Zeit des Ersten Weltkriegs

Autor: Ventura, Andrea

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-858466

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Mobilmachung, Knappheit, Teuerung, Mietnot, Grippe, Streik
Herausforderungen für die Stadt Baden zur Zeit des Ersten Weltkriegs

ANDREA VENTURA

Einleitung

> Fürsorge: öffentliche, organisierte Hilfstätigkeit zur Unterstützung in Notsituationen oder besonderen Lebenslagen.[1]

Die Zeit des Ersten Weltkriegs brachte zahlreiche Herausforderungen für die Schweiz und die hier lebenden Menschen mit sich. Bei der Mobilmachung im August 1914 rückten 220 000 Männer und 45 000 Pferde in den Aktivdienst ein. Konkret bedeutete dies, dass innert weniger Tage die Mehrheit der Schweizer Männer zwischen 20 und 50 Jahren aus dem zivilen Alltag verschwand – auch in der Stadt Baden. In meinem Beitrag geht es aber nicht um sie, sondern um die Zurückbleibenden, also um diejenigen Menschen, die zu Hause dafür sorgten, dass das bürgerliche Leben und die zivile Wirtschaft weitergingen. Besonders gefordert waren dabei die Gemeinden, deren Fürsorgetätigkeit im Lauf der folgenden Jahre eine gewaltige Ausweitung erfuhr. Zum einen in quantitativer Hinsicht, weil neue Personengruppen zusätzlich zu umsorgen waren, zum andern in inhaltlicher Hinsicht, weil sich die Fürsorge auf neuartige Gebiete wie die Beschaffung von Nahrungsmitteln, Brennstoffen und Wohnungen erstreckte. Die herkömmliche Fürsorge war auf Witwen, Waisen und Alte ausgerichtet, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft oder mit Hilfe ihrer Angehörigen bestreiten konnten. In der Stadt Baden kümmerte sich die Armenpflege um diese Bedürftigen und unterstützte sie mit Geld oder Sachgaben. Besagte Armenpflege genügte aber nicht zur Bewältigung von Krieg und Krise ab Sommer 1914, denn es entwickelten sich zuvor unbekannte Notlagen, die weite Bevölkerungskreise berührten und auf die die Behörden kreativ reagieren mussten. In meinem Forschungsbeitrag untersuche ich Beschlüsse und Massnahmen der Badener Behörden in der Zeit des Ersten Weltkriegs, weil ich herausfinden will, welche ausserordentlichen Aufgaben auf die Stadt zukamen, um zu zeigen, wie sich die Fürsorge im Lauf jener Jahre ausweitete.

Dabei orientiere ich mich an folgenden Leitfragen:

- Welche ausserordentlichen Fürsorgeaufgaben kamen auf die Stadt zu und wie hat sie diese bewältigt?
- Wie hat sich die Stadt dafür organisiert?
- Wie hat die Stadt diese ausserordentlichen Fürsorgeaufgaben finanziert?
- Wie war die Zusammenarbeit mit anderen Stellen, beispielsweise des Kantons oder des Bundes?

Als Anfangspunkt für die Untersuchungen bot sich der August 1914 an. Schwieriger war die Festlegung des Endpunktes. Denn es zeigte sich, dass die Probleme für die Stadt mit dem Waffenstillstand im November 1918 mitnichten zu Ende waren.[2] Zwar entspannte sich die Versorgungslage mit Lebensmitteln und Gütern des alltäglichen Bedarfs, dafür wurde es auf dem Wohnungsmarkt zunehmend enger. Erst Mitte 1920 zog die Stadt einen Schlussstrich unter die gemeindliche Kriegswirtschaft und präsentierte der Gemeindeversammlung eine Abrechnung aller ausserordentlichen Aufwendungen während der Kriegs- und Krisenjahre. Daher erstrecke ich gewisse Untersuchungen bis in den Sommer 1920.

Zu den Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf die Schweiz liegt eine überschaubare Zahl von Darstellungen vor – viele davon wurden im Gedenkjahr 2014 publiziert. Nützlich für meine Untersuchungen waren die Übersichtsdarstellung zur Schweiz während des Ersten Weltkriegs von Georg Kreis und die Ausführungen von Berner Klimahistorikern zu Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikten als Begleiterscheinungen des Krieges.[3] Im Weiteren enthält der dritte Band der Aargauer Kantonsgeschichte von Willi Gautschi einige Kapitel, die sich der Zeit des Ersten Weltkriegs widmen – auch diese waren hilfreich bei der Einordnung und Interpretation der Badener Geschehnisse.[4] Hingegen wird der Erste Weltkrieg weder in der alten Stadtgeschichte von 1965 noch in der neuen von 2015 thematisiert.[5] Zum Verlauf des Generalstreiks liegen neben Übersichts- auch lokalhistorische Darstellungen vor: je ein Artikel in den Badener Neujahrsblättern 1969, 1984 und 2018 sowie ein Beitrag in der Argovia 2017.[6] Als wichtigste Quellen für meine Forschung konnte ich zum einen auf die Berichte über die Verwaltungsjahre 1914 bis 1920 und zum andern auf die Stadtratsprotokolle desselben Zeitraums zurückgreifen.[7] Erstere sind Bestandteil der Jahresrechnung, die der Stadtrat alljährlich der Gemeindeversammlung zur Genehmigung vorlegte. Letztere dokumentieren alle Stadtratssitzungen, ordentliche und ausserordentliche, sowie wichtige Sitzungen mit Beteiligung des Stadtrates. Dieser traf sich mindestens einmal pro Woche, um die anstehenden Probleme der Stadt und ihrer Bewohner zu besprechen und wenn möglich einer Lösung zuzuführen.

Der Stadtrat bestand 1914 aus sieben Männern, sechs Bürgerlichen und einem Sozialdemokraten. Stadtammann Joseph Jäger (1852–1927), ursprünglich Bezirkslehrer und Redaktor der «Schweizer Freien Presse», war ein Vertreter des linken Flügels des Freisinns, Grossrat und Nationalrat. Die Zusammensetzung der Stadtregierung änderte sich wenig in den Jahren 1914–1920: Ende 1917 wurde ein bürgerlicher Stadtrat abgewählt und durch einen Sozialdemokraten, den späteren Präsidenten der Arbeiterunion, ersetzt. Im September 1918 wurde ein langjähriges Mitglied, ebenfalls ein Sozialdemokrat, zum neuen Spitalverwalter ernannt und musste demissionieren. Sein Nachfolger im Stadtrat war Werkmeister bei BBC.

Unterschiede zwischen den Quellen: Das Stadtratsprotokoll ist ein regelmässig geführtes Journal, das zeitnah Sachverhalte sowie allfällige Probleme, Diskussionen und Entscheide, aber auch Meinungen und Stimmungen im Gremium nachzeichnet.

1 Josef Jäger, 1852–1927, Stadtamman von Baden 1910–1927, im Stadtrat ab 1902, Grossrat und Nationalrat. Vertreter des linken Flügels des Freisinns, Verfechter einer fortschrittlichen Sozialpolitik. Porträt aus dem Jahr 1913 (Foto: Historisches Museum Baden, Fotohaus Zipser, StAB Q.12.1.2274).
Der Stadtammann als oberster Krisenmanager: Nach Ankündigung der Mobilmachung Anfang August 1914 organisierte er umgehend eine städtische Hilfsaktion «für brodlos gewordene Familien». Im Herbst 1915 gründete er eine Kommission für die Versorgung der Stadt mit Lebens- und Verbrauchsmitteln, die er persönlich leitete. Die Kommission hatte drei Tätigkeitsgebiete: die Beschaffung schwer erhältlicher Dinge, die Bekämpfung von Teuerung und Preistreiberei sowie die Versorgung von Armen und Bedürftigen. Im Laufe der Kriegs- und Krisenjahre musste die Kommission personell kräftig aufstocken, um den wachsenden Aufgabenberg zu bewältigen: Brennholz- und Kohleversorgung, Butter- und Milchversorgung, Beschaffung von Lebensmitteln, Obst und Kartoffeln.

Es wurde in der Regel von Stadtschreiber oder seinem Stellvertreter, dem Kanzleichef, geführt. Beim Jahresbericht zum Verwaltungsjahr ist unklar, wer ihn verfasste. Die zugehörigen Jahresrechnungen tragen die Unterschriften des Stadtammanns und des Stadtschreibers. Verwaltungsberichte entstanden vermutlich im Folgejahr, viele Monate nach den darin beschriebenen Ereignissen. Sie vermitteln also einen Rückblick und stellen Ereignisse aus einer gewissen zeitlichen Distanz dar. Ausserdem ist davon auszugehen, dass sie das Verhalten der Behörden vorteilhaft darstellen. Kurz: Verwaltungsberichte sind parteiisch. Ausserdem ist zu beachten, dass beide Quellen vorwiegend die Sicht des Stadtrates und der städtischen Behörden wiedergeben und sozusagen aus Managementperspektive auf die Stadt blicken.

Mein Beitrag zur Badener Weltkriegsgeschichte ist in erster Linie thematisch gegliedert, dennoch ist es gelungen, die zeitliche Abfolge weitgehend einzuhalten. Die ersten Kapitel handeln von den vielfältigen Auswirkungen der Mobilmachung auf die Stadt (Kapitel 2 bis 4). Danach geht es um die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln, Brennstoffen und Wohnungen, um Knappheit und Teuerung sowie um Ausgleichsmassnahmen (Kapitel 5 bis 8). Im Anschluss folgen Ausführungen über die Spuren von Krieg und Krise im Finanzhaushalt der Stadt (Kapitel 9 und 10). Zwei Kapitel über Grippe und Streik – die gewissermassen das Topping auf der Suppe an Herausforderungen seit Kriegsbeginn ausmachten – runden meine Untersuchungen ab (Kapitel 11 und 12).

Harte Umstellung auf Kriegswirtschaft mit der ersten Mobilmachung

Der Mobilmachungsbeschluss vom 1. August 1914 bedeutete, dass Schweizer Männer im besten Alter sowie Pferde über Nacht einrücken mussten. Auch Wagen mussten dem Militär überlassen werden. Dies hinterliess vielfältige Lücken und in den ersten Tagen und Wochen waren die Daheimgebliebenen damit beschäftigt, Ersatz zu finden: Arbeitgeber für fehlende Arbeitskräfte und Ausrüstung, Familien für ausfallendes Erwerbseinkommen.

Auch die Stadt Baden war auf der Suche nach Lösungen, denn neben Chefbeamten und Mitarbeitern der Stadtverwaltung wurden auch Lehrer, Spitalärzte und Feuerwehrmänner zum Militärdienst aufgeboten. Stadtschreiber Raschle wurde eingezogen, ebenfalls sein Stellvertreter, der Kanzleichef. Danach verfasste vorübergehend ein Stadtrat die Protokolle der Stadtratssitzungen. Ab 18. August führte allerdings schon wieder der Kanzleichef das Protokoll, der 26-jährige Stadtschreiber hingegen erst wieder ab dem 30. November. Nachdem ein grosser Teil des Kanzleipersonals zum Militärdienst aufgeboten worden war, erhielt Stadtammann Jäger am 2. August vom Stadtrat die Kompetenz, sämtliche Verwaltungseinheiten der Stadt nach seinem Ermessen zu komplettieren.[8]

Der Feuerwehrkommandant verlor auf einen Schlag zwei Drittel seiner Mannschaft: Der Bestand von 393 Mann am 1. Januar 1914 sank auf 132 am 5. August. Als schnelle Übergangslösung wurden alle nichteingezogenen Männer, die ein Privattelefon besassen, zum Feuerwehrpikett eingeteilt. Nach einer Reorganisation am 8. August und mit den Rückkehrern aus dem Militärdienst erholte sich der Bestand bis Ende Jahr wieder auf 304 Mann.[9]

Auch das städtische Krankenhaus war von der Mobilmachung betroffen. Schon Anfang August schlug der Spitalverwalter vor, einen freiwilligen Samariterdienst aufzuziehen, um trotz allfällig abberufener Krankenschwestern den Betrieb aufrechtzuerhalten. Die beiden Spitalärzte wurden tatsächlich zum Grenzdienst aufgeboten, der eine mit der Mobilmachung Anfang August, der andere per 1. Oktober – sie würden wochenlang gleichzeitig weg sein. Der Stadtrat protestierte und reichte ein Gesuch um Beurlaubung beziehungsweise Dispensation ein. Aber das Armeestabs-

2 Franz Schneider, Gärtnermeister der Villa Langmatt, auf Wache vor Schloss Delsberg, 1914
(Foto: Historisches Museum Baden, Fotosammlung, StAB Q.09.10.27).

3 Julius Müller, Wirt vom Kappelerhof, auf seinem Eidgenossen (Militärpferd), 1915
(Foto: Historisches Museum Baden, Fotosammlung, StAB Q.09.10.92).

4 Teile der Badener Feuerwehr vor dem Stadthaus im Jahr 1912 (Foto: Historisches Museum Baden, Fotohaus Zipser, StAB Q.12.1.483).
Nach der Mobilmachung vom 4./5. August 1914: Mehrere Hundert Badener Männer waren weg, eingezogen zum Grenzdienst gegen Frankreich. Die Auswirkungen waren enorm, nicht nur auf die privaten Haushalte, sondern auch auf die Stadt, wie das Beispiel Feuerwehr zeigt: Ihr Bestand schrumpfte am 5. August auf einen Schlag um zwei Drittel, von 393 auf 132 Mann.

büro lehnte beides ab. Als Ersatz empfahl es einen Chirurgen aus Solothurn. Mit diesem konnte sich der Spitalverwalter auf einen Stellvertreterdienst einigen.[10]

Die Kreispostdirektion teilte am 11. August mit, dass die Postfiliale Baden 2 wegen Personalmangels bis auf Weiteres geschlossen werden müsse. Am 18. August konnte sie schon wieder geöffnet werden. Allerdings wurde die Anzahl Postzustellungen von fünf auf zwei pro Tag reduziert, was der Stadtammann als «mangelhaft» empfand und bei der Kreispostdirektion monieren liess.[11]

Die Situation entschärfte sich glücklicherweise zunehmend in den folgenden Wochen, nicht nur dank Ersatzlösungen, sondern auch weil die Anzahl Mobilisierter rapide zurückging, von 220 000 Mann im August auf zirka 75 000 Ende Jahr.[12] Die sich abschwächende Bedrohungslage entlang der Aussengrenzen und die zunehmende Beeinträchtigung der schweizerischen Wirtschaft wegen der fehlenden Männer beförderten diese Entwicklung.

Was Einkommensausfälle bei Privaten betraf, so reagierte der Stadtrat bemerkenswert schnell und entschlossen auf die Situation: Bereits am Sonntag, 2. August

1914 traf er sich zu einer ausserordentlichen Sitzung, an der alle Stadträte teilnahmen. Stadtammann Jäger stimmte seine Kollegen auf die kommenden Herausforderungen ein und sprach von «ausserordentlichen militärischen & bürgerlichen Massnahmen», die nötig seien. Der Stadtammann ging davon aus, dass Handel und Gewerbe ihre Geschäfte reduzieren oder gar ganz einstellen würden, und forderte, dass «für die durch Arbeitentlassung brodlos gewordene Familien von gemeindewegen gesorgt werden müsse». Das Gremium liess sich überzeugen und beschloss die Einrichtung einer städtischen Hilfsaktion zur Unterstützung von Familien und Einzelpersonen. Diese sollte unter der Leitung der städtischen Behörden agieren und dabei mit der freiwilligen Einwohnerarmenpflege zusammenarbeiten. Für die Finanzierung wollte man grosse, in Baden ansässige Firmen (BBC, Merker, Schuhfabrik Guggenheim) zwecks Mithilfe anfragen.[13]

Ab Ende August schuf der Stadtrat zudem zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten durch die Anordnung von Notstandsarbeiten. Bis Ende Jahr fanden so 63 Männer Verdienst bei Bauarbeiten an der Mellingerstrasse, der Schartenstrasse, der Quartierstrasse beim Güterbahnhof und an der Zürcherstrasse. 1915 wurden im ersten Quartal noch 32 Männer im Rahmen von Notstandsarbeiten beschäftigt. Danach versiegte die Nachfrage total.[14]

Im Hinblick auf die bevorstehende Mobilmachung und ihre befürchteten Auswirkungen beschloss der Stadtrat am 2. August noch weitere Geschäfte, darunter die Organisation und Leitung der sogenannten Pferdestellung – der Transport von Pferden und Wagen zum Besammlungsplatz im Aarauer Schachen –, die Beschaffung von Bargeld bei Badener Banken, um die Liquidität der Stadtkasse zu sichern, sowie die Überprüfung der Kohlevorräte des Gaswerks und die Sistierung einer Holzlieferung.[15]

Des Weiteren rief der Stadtrat in der ersten Augustwoche Freiwillige dazu auf, sich einem städtischen Sicherheitsdienst anzuschliessen. Von über 200 Anmeldungen wurden rund 90, ausschliesslich Schweizer Bürger, berücksichtigt. Der freiwillige Sicherheitsdienst – später Sicherheitswache genannt – teilte die Stadt in Kreise auf und patrouillierte ab 6. August mit weiss-roter Armbinde und Trillerpfeife, bewaffnet mit einem Kadettengewehr und scharfer Munition. Das Verhältnis zwischen Sicherheitswache und Bevölkerung war nicht ganz spannungsfrei: Die Patrouillen reklamierten wegen offener Türen und Fenster, die Badener Einwohner revanchierten sich mit Klagen über plaudernde Wachleute und deren lautes Schuhwerk. Gelegentlich hielt die Sicherheitswache Personen mit Schuss- oder Stichwaffen an und führte sie der Polizei zu. Ende August kam es gar zu zwei Vorfällen: Ein Mann in der Vorstadt widersetzte sich den Anordnungen einer Patrouille und beschimpfte sie, ein anderer Mann im Kappelerhof schoss in der Nacht um sich. Beide wurden angezeigt und streng verwarnt mit dem Hinweis, die Sicherheitswache habe die gleichen Kompetenzen wie die Polizei. Nach vier Wochen, am 3. September, schlug der Chef der Sicherheitswache vor, den Dienst einzustellen, da die Landwehr bis auf Weiteres

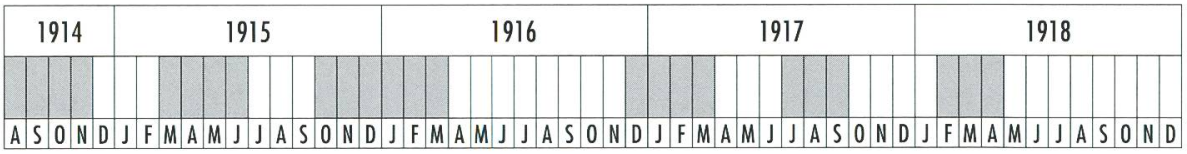
aus dem Militärdienst entlassen werde. Der Stadtrat lehnte die Anfrage ab, war aber bereit, die Einsatzzeit der Patrouillen auf 23 Uhr nachts bis 3 Uhr morgens zu reduzieren. Am 10. September stellte die Sicherheitswache ihren Dienst endgültig ein und der Stadtrat beschloss am Folgetag, fortan die Polizei mit dem Sicherheitsdienst zu betrauen.[16]

Die Abhängigkeit der Armee von zivilen Ressourcen als Belastung für die Stadt

Die städtischen Behörden waren nicht nur für das Wohlergehen der Stadt und ihrer Einwohner zuständig, sondern wurden auch von der Armee für allerlei Hilfsfunktionen eingespannt: von der Pferde- und Wagenstellung bei jeder Mobilisierung und Demobilisierung über die Bereitstellung von Unterkunft und Verpflegung für durchreisende Truppen bis zur Auszahlung von Militärnotunterstützung an bedürftige Familien von Dienstleistenden.

Aargauer Truppen leisteten insgesamt sechs mehrmonatige Einsätze, vorwiegend im Jura entlang der französischen Grenze. Jeder Einsatz begann mit einer Mobilisierung und endete mit der Demobilisierung. Bei jeder Mobilisierung führten die Stadtbehörden am Vortag eine Vormusterung von Pferden und Wagen durch und organisierten deren Transport nach Aarau in den Schachen. Bei der ersten Mobilisierung vom 4. August 1914 war das Engagement gross: Zwei Stadträte, die beiden Verantwortlichen fürs Militärwesen (Deuschle) beziehungsweise fürs Pferdewesen (Dr. Müller), begleiteten persönlich den nächtlichen Transport, um beim Aufmarsch der Aargauer Truppen im Schachen dabei zu sein. Später verpflichtete die Stadt einen Tierarzt, zusammen mit angeheuerten Pferdeführern die Tiere nach Aarau zu bringen.[17]

Bei der Demobilisierung mussten Pferde und Wagen wieder zurück nach Baden gebracht und ihren Eigentümern zurückgegeben werden. Wenig überraschend klagten die Behörden in den Berichten zu den Verwaltungsjahren 1915–1917 über ihre Belastung durch diesen Hilfsdienst für die Armee. Besonders arbeitsintensiv waren die Jahre 1915 und 1917 mit je drei (De-)Mobilisierungstagen.



Grafik 1: Die Einsatzintervalle aargauischer Truppen im Ersten Weltkrieg.[18]

Neben Pferdestellung sowie Pferde- und Wagenkontrollen war die Stadt auch verpflichtet, für durchreisende Truppen Unterkunft und Verpflegung bereitzustellen. Die zuständige Quartierkommission rapportierte dem Stadtrat am 12. Oktober 1914 eine Aufnahmekapazität von 2200 Mann und 800 Pferden. 1914 beherbergte die Stadt eine Einheit des Landsturms, die als Brückenwache fungierte. Der für die Pferde

zuständige Stadtrat begann im selben Jahr, Futtervorräte anzulegen, um die Tiere zu versorgen. 1915 wurden acht zahlenmässig grosse Einquartierungen zwischen März und Juni verzeichnet, die meisten dauerten zum Glück nur eine Nacht. Wegen zunehmenden Beschaffungsproblemen legte das Quartieramt im Kornhaus auf eigene Rechnung einen Heu- und Strohvorrat an. Ende 1915 hatte es rund 700 Kilo Stroh und 8000 Kilo Heu auf Lager. 1916 gab es nur eine einzige Einquartierung von zwei Nächten; 1917 stieg die Belastung wieder kräftig an, mit total neun Einquartierungen.[19]

Von den militärischen Hilfsfunktionen der städtischen Behörden war wohl die Auszahlung von Militärnotunterstützung an Familien von Dienstleistenden die wichtigste für die Einwohner Badens. Für die Dauer des Einsatzes bekamen alle Militärdienstleistenden einen Sold ausbezahlt, dessen Höhe vom Dienstgrad abhing. Dieser Sold war aber nicht als Ersatz für das ausfallende Erwerbseinkommen gedacht, sondern eher als Taschengeld für die Truppe, die sich damit ihre kleinen Vergnügen – etwas zu rauchen, etwas zu trinken – leisten konnte.[20] Daher gerieten einzelne Familien in finanzielle Not. Angehörige einfacher Soldaten in städtischen Gebieten waren besonders gefährdet. Betroffene Familien hatten die Möglichkeit, durch Antrag die sogenannte Militärnotunterstützung zu beziehen – eine überwiegend vom Bund finanzierte Sozialhilfe für Wehrmännerfamilien.[21] Diese war knapp bemessen, und ein allfälliger Frauenverdienst von mehr als 3 Franken pro Tag führte zu Abzügen. Ab 6. April 1918 betrug die Unterstützung in städtischen Gebieten pro Tag 2.90 Franken für Erwachsene und 1 Franken für jedes Kind.[22] Davor waren die Tagessätze deutlich niedriger.[23]

In Baden fungierte die Stadtkasse als Vermittlerstelle für die Ausrichtung der Militärnotunterstützung. Schon kurz nach der ersten Mobilmachung, am 18. August 1914, lagen 65 Gesuche um Notunterstützung vor. Ende Jahr zählte die Stadt 163 Bezüger und hatte gesamthaft rund 29 500 Franken ausgezahlt.[24]

1914 (5 Monate)	1915	1916	1917	1918	1919	Total
29 500	41 900	27 700	45 700	25 000	1000	171 000

Tab. 1: Von der Stadtkasse ausbezahlte Militärnotunterstützung 1914–1919 (in Franken, gerundet).[25]

Bei der Auszahlung von Militärnotunterstützung gab es anfänglich Probleme. Zum einen im Oktober eine schmerzhafte, dreiwöchige Verzögerung in der Auszahlung von Geldern, die der Stadtkassier zu verantworten hatte. Der Stadtammann reagierte äusserst ungehalten und knöpfte sich den Verursacher persönlich vor. Zum andern gab es Unstimmigkeiten bei der Feststellung von Bezugsberechtigungen, was im Dezember zu einer Reklamation der Militärdirektion führte. Der Vizeammann nahm sich der Sache an und reorganisierte die Abläufe. Danach führte die Stadtkasse zusammen mit der Stadtpolizei die nötigen Erhebungen durch und stellte beim Stadtrat

Antrag. Dieser entschied anschliessend über die Unterstützungsbedürftigkeit. Konkret bedeutete dies, dass der Stadtrat alle 14 Tage eine Liste genehmigte, die die Namen der Bezüger zusammen mit den ausbezahlten Geldbeträgen enthielt. Diese Liste wurde als Rechnung an die Militärdirektion geschickt, zur Rückerstattung.[26]

Übrigens: Die Stadtkasse leistete auch Zahlungen an unterstützungsberechtigte Familien von österreichisch-ungarischen und deutschen Kriegsteilnehmern. Diese Gelder flossen über die Konsulate der Heimatländer zurück.[27]

Es ist gut zu beobachten, dass die Schwankungen bei den von Baden erbrachten Unterstützungsleistungen fürs Militär (Anzahl Einquartierungen, Gesamtbetrag ausbezahlter Militärnotunterstützung) mit den Schwankungen bei der Anzahl schweizweit Mobilisierter übereinstimmen: hohe Werte in den Jahren 1914, 1915 und 1917, eher niedrige Werte 1916 und 1918.[28]

Die städtische Hilfsaktion für brotlos gewordene Familien als Soforthilfe

Als Folge der Mobilmachung wurden in der Stadt Arbeitseinstellungen und ein Mangel an Arbeitsgelegenheiten erwartet. Darunter würden viele Familien leiden, insbesondere diejenigen, die nicht – oder nicht mehr – auf militärische Notunterstützung zählen konnten. Daher beschloss der Stadtrat vorausschauend in seiner ausserordentlichen Sitzung von Sonntag, 2. August 1914 die Einrichtung einer besonderen Hilfsaktion. Sie sollte die reguläre freiwillige Einwohnerarmenpflege mit zusätzlichen Mitteln und zusätzlichen Helfern verstärken.[29]

Schon am folgenden Donnerstag, 6. August 1914 fand eine Vorbesprechung statt, zu der neben der freiwilligen Einwohnerarmenpflege eine Reihe privater Wohltätigkeitsvereine (unter anderen die Unterstützungskassen von BBC und Merker Cie.) sowie zwölf ausgewählte Privatpersonen aus allen Teilen der Stadt eingeladen wurden. Das Treffen endete mit folgenden Vereinbarungen: 1.) Ein Stadtrat, ein Buchhändler und eine Lehrerin bildeten das dreiköpfige Leitungsteam der Hilfsaktion. 2.) Vertrauenspersonen sollten in allen Teilen der Stadt Erhebungen durchführen und Anträge ans Leitungsteam stellen. 3.) Die Unterstützung würde aus Gutscheinen für Lebensmittel und andere notwendige Güter des täglichen Bedarfs bestehen. 4.) Die Stadtkasse sollte den Händlern alle 14 Tage den Geldwert der entgegengenommenen Gutscheine rückerstatten. 5.) Die Stadt würde zur Finanzierung der Hilfsaktion einen Kredit über 10 000 Franken aufnehmen. Am 8. August hatten 17 Vertrauenspersonen, die das Stadtgebiet unter sich aufteilten, ihre Arbeit aufgenommen. Fazit: Es gelang der Stadt, innerhalb einer Woche eine Soforthilfe für durch den Kriegsausbruch in finanzielle Not geratene Badenerinnen und Badener zu organisieren und die Finanzierung sicherzustellen. Bis Ende 1914 beanspruchte die Hilfsaktion dank grosszügiger Spenden nur die Hälfte des Kredites.[30]

Im April 1915 stellte das Leitungsteam den Antrag, die Hilfsaktion für die Sommermonate einzustellen und – wenn der Krieg andauern sollte – im Herbst wieder zu aktivieren. Doch im September 1915 beschloss der Stadtrat, die Hilfsaktion einzu-

stellen und ihre Aufgaben der freiwilligen Einwohnerarmenpflege zu übertragen. Allerdings sollten der Hilfsaktion zurechenbare Ausgaben weiterhin in einer separaten Rechnung dokumentiert werden, als Grundlage für die Rückvergütung durch den Kanton. Der Sekretär der freiwilligen Einwohnerarmenpflege erhielt für diese Zusatzarbeit 200 Franken extra zu seinem Sold.[31]

	1915/16		1917		1918		1919	
Ausgaben total	6700		6700		7100		6600	
Grösste Einzelposten	Milch:	2900	Milch:	2400	Milch:	2600	Milch:	1800
	Brot:	2100	Brot:	1600	Kartoffeln:	1100	Brennstoff:	1100
	Bekleidung:	450	Brennstoff:	650	Brennstoff:	850	Brot:	850

Tab. 2: Auszug aus den Jahresrechnungen der städtischen Hilfsaktion, September 1915 bis Ende 1919 (in Franken, gerundet).[32]

Durch die Vertrauensleute hatte das Team der Hilfsaktion direkten Einblick in die Nöte der Menschen und stellte Ende August 1914 beim Stadtrat Antrag, versuchsweise eine Suppenküche zur Abgabe von billigen Mittagessen zu eröffnen. Der Stadtrat stimmte zu und die Hilfsaktion bildete eine fünfköpfige Kommission, die die Möglichkeiten zur Abgabe von Mittagessen gegen Bezahlung beziehungsweise gegen Gutscheine der Hilfsaktion prüfte. Am 17. September eröffnete die Suppenküche im Ländli-Schulhaus, in den Räumen und Einrichtungen der Schulküche. Bis Ende Jahr gab sie fast 18 000 Liter Suppe aus: drei Viertel davon gratis im Rahmen der Schülerspeisung, rund ein Viertel gegen Bezahlung, für 20 Rappen pro Liter. Die Suppenküche wurde auch in den Folgejahren weiter betrieben. 1915 verteilte sie zwischen dem 1. Januar und dem 1. September mehr als 25 000 Liter Gratissuppe an arme Schüler.[33]

	1916	1917	1918	1919
Suppe (Portionen)	26 000	39 000	33 000	33 000
Teilnehmer pro Tag (Durchschnitt)	266	384	384	316

Tab. 3: Abgabe von Gratissuppe im Rahmen der Schülerspeisung 1916–1919 (Anzahl Suppenportionen gerundet).[34]

Ende Februar 1918 nahm der Stadtrat die Anregung der freiwilligen Einwohnerarmenpflege auf, die Erweiterung der Suppenanstalt für den Winter 1918/19 zu prüfen. Anfang Juli beschloss er den Einbau einer zentralen Gemeindeküche im alten Stadttheater. Und Anfang September hiess er das Bauamt, vier elektrische Sparkocher bei BBC zu bestellen. Die Absicht war, die Küche für maximal 800 Tagesportionen auszulegen. Ende Oktober waren auch die beiden Köche bestimmt, ausgewählt aus 19 Bewerbern. Danach war die Gemeindeküche bereit, ihren Betrieb aufzunehmen.[35]

5 Innenraum der Metzgerei des Konsumvereins, ca. 1920 (Foto: Historisches Museum Baden, Fotohaus Zipser, StAB Q.12.1.925).

6 Bäckerei Kunstgüetli des Konsumvereins, 1912 (Foto: Historisches Museum Baden, Fotohaus Zipser, StAB Q.12.1.482).
Von Anfang an dabei in der Lebensmittelfürsorge: der Konsumverein Baden. Dieser betrieb neben dem Ladengeschäft mit Metzgerei im Kappelerhof auch eine Bäckerei im Kunstgüetli. Der Stadtammann berief den Verwalter des Konsumvereins im Herbst 1915 als Detailhandelsspezialist in die Kommission für die Versorgung der Stadt mit Lebens- und Verbrauchsmitteln.

Die Versorgung der Stadt mit Lebens- und Verbrauchsmitteln wird zur Chefsache

Knappheit und Teuerung bei Alltagsgütern machten sich im Lauf des Jahres 1915 so deutlich bemerkbar, dass die Versorgung der Stadt mit Lebens- und Verbrauchsmitteln zur neuen Aufgabe für die Behörden wurde. Im Bericht über das Verwaltungsjahr 1915 tauchte erstmals der Begriff «Verbrauchsmittelfürsorge» auf, als eine Rubrik innerhalb einer Liste von ausserordentlichen Tätigkeiten der Verwaltung.[36] Das Aufgabenfeld blieb in den folgenden Jahren erhalten: Im Verwaltungsbericht 1916 ist von einer Intensivierung der Verbrauchsmittelfürsorge die Rede, da alle aus Friedenszeiten stammenden Vorräte aufgebraucht seien.[37] Und über das Jahr 1917 hält der Bericht fest: «[...] das System der blossen wirtschaftlichen Aushilfen versagte der wirklich gewordenen wirtschaftlichen Not gegenüber, die sich nicht nur bei den ärmeren Bevölkerungsklassen, sondern vor allem auch beim Mittelstand fühlbar machte und auch die vermögenderen Schichten miterfasste.»[38] Der negative Trend drehte erst 1919, wenn auch langsam: «Trotz des formellen Friedensschlusses war die Fortführung der Verbrauchsmittelversorgung zur Überleitung in die normalen Verhältnisse notwendig.»[39] Die Entwarnung kam endlich im Jahr 1920: «Das Verwaltungsjahr 1920 darf als das letzte wirtschaftliche Kriegsjahr bezeichnet werden.» Die Stadt baute die Rationierung von Lebens- und Gebrauchsmitteln im Lauf des Jahres ab, ebenso die Abgabe von Lebensmitteln, Holz und Gas zu ermässigten Preisen.[40]

Mit der Verbrauchsmittelfürsorge verfolgte die Stadt mehrere Ziele, von der Beschaffung schwer erhältlicher Dinge über die Preisüberwachung bis zur Abgabe von notwendigen Dingen zu herabgesetzten Preisen an Bedürftige.[41] So lassen sich in der Vielzahl von Massnahmen, die zwischen Mitte 1915 und Mitte 1920 im Rahmen der Verbrauchsmittelfürsorge getroffen wurden, drei Kategorien unterscheiden: 1.) zur Bekämpfung von Knappheit, 2.) zur Bekämpfung von Teuerung und Preistreiberei, sowie 3.) zu Gunsten von Armen und Bedürftigen.

Bekämpfung von Knappheit: Am 20. Oktober 1915 bildete der Stadtammann unter seiner Leitung eine kleine Kommission für die Beschaffung von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln durch die Gemeinde. Die Kommission hatte den Auftrag, Vorbereitungen für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln während des Winters zu treffen. Die Kommissionsmitglieder diskutierten, welche Produkte zu beschaffen seien und wie die Verteilung zu organisieren sei: neben Kartoffeln auch Briketts, Zucker, Reis, Suppengerste und eventuell Butter. Die Verteilung würde über die Badener Detailhändler erfolgen; die Stadt wollte keine eigenen Vorräte anlegen, sondern nur so viel besorgen, wie die Wiederverkäufer bestellten. Im Gegenzug legte die Stadt gemeinsam mit einem Ausschuss der Badener Lebensmittelverkäufer die zulässigen Abgabepreise und Margen fest. Bis Ende Jahr beschaffte die Kommission 80 000 Kilogramm Hafer, 17 000 Liter Petroleum und zwei Wagen Zucker.[42]

Ein Jahr später organisierte die Kommission drei Wagenladungen Hafer und vier Wagenladungen (68 000 Kilogramm) Kartoffeln. Sie bezog die Waren von Bundesstellen gegen Vorauszahlung und verkaufte sie zu Selbstkosten weiter an Badener

Detailhändler. In zwei Sitzungen mit Vertretern der Lebensmittelhändler im September und Oktober wurden wiederum die Modalitäten der Lebensmittelversorgung besprochen.[43]

Auch im Jahr 1917 ging es weiter mit dem Einkauf von Kartoffeln und ihrem Weiterverkauf zu Selbstkosten. Ausserdem traf der Stadtrat Massnahmen, um die Selbstversorgung der Badener Familien mit Lebensmitteln zu fördern, und er richtete eine städtische Brennstoffzentrale ein – mehr dazu in den Kapiteln 6 und 7.[44]

Eidgenössische und kantonale Verordnungen regelten ab 1918 die Verbrauchsmittelfürsorge (Rationierungen), sodass sich die städtische Fürsorgekommission immer mehr zurückzog. Nur der Vollzug verblieb bei städtischen Behörden, bei Einwohnerkontrolle, Brennstoffzentrale, Stadtgärtner und Stadtkasse. Bemerkenswert war in jenem Jahr, dass die Badener ihr Kartoffelkontingent nicht ausschöpften: Von 900 000 Kilogramm zugeteilten Kartoffeln waren im Frühjahr 1919 noch 130 000 Kilogramm am Lager. Vermutlich hatten sich viele Einwohner direkt bei Produzenten eingedeckt. 1919 konnte die Kartoffelrationierung dank guter Ernte aufgehoben werden.[45]

Ein weiterer Ansatz im Umgang mit Knappheit basierte auf der Reduktion der Nachfrage, welche beispielsweise durch die Einführung von fleischlosen Tagen oder Wochen in den Jahren 1918/19 oder durch die Auflage für Bäcker, nur mehrere Tage altes Brot zu verkaufen, erreicht werden sollte. Beides war wenig erfolgreich. Der Fleischkonsum liess sich zwar in der Armee und in Wirtshäusern kontrollieren, hingegen nicht in Privathaushalten. Und die mehrtägige Lagerung von Brot schuf die Voraussetzungen für Schimmelpilz, grosse Teile davon zu verderben.[46]

Bekämpfung von Preistreiberei und Teuerung: Der Stadtrat setzte auf diverse marktpolizeiliche Massnahmen, die sich im Lauf der Jahre verschärften. So begnügte er sich 1915 mit der wöchentlichen Publikation von amtlichen Preisnotierungen und verzichtete auf die Festsetzung von Höchstpreisen. Im Folgejahr hatten die vom Bund festgesetzten Höchstpreise für Kartoffeln und Milchprodukte unerwünschte Nebenwirkungen: Die Lieferanten boykottierten den Markt. Bessere Wirkung erzielte der Stadtrat mit seiner Massnahme: Er baute eine kleine Kartoffelreserve auf, warf sie in kleinen Mengen auf den Badener Markt und konnte so die Preise dämpfen.[47]

In den Jahren 1917 und 1918 stiegen die Preise weiter an, trotz Höchst- und Richtpreisen des Bundes. Spekulation und Schleichhandel blühten, ausserdem kam minderwertige Ware, beispielsweise unreife Früchte, auf den Markt. Trotz strenger Strafen versagte die Marktaufsicht. Erst 1919 gelang es ihr, den Markt zu zähmen, Überschreitungen der Höchstpreise wurden selten.

1914	1918	1920	1921
100	204	224	200

Tab. 4: Entwicklung des Lebenskostenindex, ausgewählte Jahre.[48]

Spezielle Preise zu Gunsten von Armen und Bedürftigen: Anfang 1917 setzte der Bund endlich eine Verfügung zum Bezug verbilligter Lebensmittel in Kraft. Die Badener Behörden rechneten mit rund 900 bezugsberechtigten Personen. Am 22. Januar begannen sie mit der Abgabe von Lebensmittelkarten. Tatsächlich meldeten sich 146 Familien mit 670 Personen (das entsprach 6,7 Prozent der Einwohner), die die Bedingungen erfüllten. Bis Ende Jahr nahm die Anzahl Bezugsberechtigter deutlich zu. Im Folgejahr erhielten 480 Familien mit 2202 Personen (22,5 Prozent der Einwohner) die Bezugsscheine, und im Jahr 1919 waren es immer noch 423 Familien mit 2055 Personen (21,9 Prozent der Einwohner). Das heisst: In den Jahren 1918 und 1919 erhielt mehr als ein Fünftel der Einwohner Badens Zuschüsse zum Kauf von Lebensmitteln.[49]

Die Entwicklung der Anzahl Bezugsberechtigter 1917–1919, insbesondere der Sprung zwischen 1917 und 1918, lässt sich schlecht interpretieren, denn die zugrunde liegenden Kriterien änderten sich mit dem Jahreswechsel markant. Die Grenzwerte wurden deutlich angehoben, wie folgende Tabelle zeigt – wohl um die galoppierende Inflation auszugleichen:

	1917	1918/1919
4-köpfige Familie	weniger als 1800 Franken	weniger als 3420 Franken
7-köpfige Familie	weniger als 2500 Franken	weniger als 4380 Franken

Tab. 5: Einkommensgrenzen für den Bezug verbilligter Lebensmittel.[50]

Damit bleibt unklar, ob die Zunahme von Bezugsberechtigten mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse oder mit der Verdoppelung der Einkommensgrenzen zu tun hat. Vermutlich spielte beides eine Rolle.

In der Verfügung des Bundes war neben den Kriterien für die Bezugsberechtigung auch die Finanzierung geregelt. Bund, Kantone und Gemeinden teilten sich die Kosten nach einem festen Schlüssel: Die Hälfte übernahm der Bund, ein Drittel die Gemeinden und der Rest entfiel auf die Kantone. Die Kosten für die Verbilligung von Lebensmitteln in der Stadt Baden wuchsen von 53 000 Franken im Jahr 1917 auf je 123 000 Franken in den Jahren 1918 und 1919. Auffällig ist, dass sich die Kosten 1919 nicht veränderten, obwohl der Kreis der Bezüger gegenüber 1918 kleiner geworden war. Das hatte wohl mit der anhaltenden Teuerung zu tun. Der Anteil der Stadt stieg im selben Zeitraum von 16 000 auf 35 000 Franken.[51]

Organisation, Vernetzung und Kooperationen: Die Kommission vom Oktober 1915 bestand aus drei Personen. Neben dem Stadtamman waren der Lebensmittelexperte im Stadtrat und der Verwalter des Konsumvereins Baden dabei. Später stiessen der Chef der Stadtpolizei und ein Vertreter der Badener Lebensmittelhändler dazu. Ende September 1917 beschloss der Stadtrat die Erweiterung der fünfköpfigen Hilfskommission zu einer allgemeinen Fürsorgekommission mit neun Mitgliedern. Auslöser

waren die stetig wachsende Arbeitslast und die Verfügung des Militärdepartements zur Abgabe von Brotkarten (Brotrationierung) ab 1. Oktober 1917. Auf denselben Zeitpunkt hin bildete die Fürsorgekommission fünf Unterkommissionen, die sich je einem Thema widmeten: Brennholzversorgung, Kohleversorgung, Butter- und Milchversorgung, Beschaffung von Lebensmitteln, Obst und Kartoffeln sowie die Ausgabe von Zusatzkarten für Schwerarbeiter. So hatte die Stadt bereits eine funktionierende Organisation, als der Bund die Rationierung von Brot, Getreideprodukten, Butter, Reis, Zucker, Fett und Holz anordnete. Die Einführung von Rationierungen verlief reibungslos.[52]

Die Behörden wurden bei ihren Aktivitäten von lokalen und nationalen Organisationen unterstützt. Der Konsumverein Baden und die Verbände des lokalen Lebensmittelgewerbes (Bäcker, Metzger, Milchhändler, Spezereihändler) wirkten tatkräftig bei der Ausarbeitung von Verteilungs- und Abgabemodalitäten mit. Auch die Mitgliedschaft im Schweizerischen Städteverband erwies sich als äusserst nützlich. Dieser veröffentlichte ab 1915 regelmässig die aktuellen Marktpreise für Lebensmittel und schuf so Transparenz für die Konsumenten – unter anderen mit Hilfe der Stadt Baden, die eine seiner Datenlieferanten war. Ausserdem vermittelte der Städteverband Kontakte für den Einkauf, beispielsweise von Petrol.[53]

Es galt aber auch Schwierigkeiten und Hindernisse verschiedenster Art zu überwinden. So versuchten einzelne Marktteilnehmer, Vorteile aus der Situation zu ziehen. Die Behörden klagten erstmals im Verwaltungsbericht des Jahres 1916 über die Mühen einer fairen Kartoffelversorgung: «Nur ein wirklich praktisches Solidaritätsgefühl aller Volksgenossen gegeneinander vermag hier gerechte Ergebnisse zu sichern; daran fehlt es leider vielfach noch.» 1917 und 1918 hatte die Marktpolizei mit Spekulation, Schleichhandel und minderwertiger Ware zu kämpfen. «Aber all diese behördlichen Anstrengungen, den Markt von ungesunden Gepflogenheiten reinzuhalten, können nur dann auf sicheren Erfolg rechnen, wenn das Publikum diese Bestrebungen durch seine Haltung, sei es als Käufer, sei es als Verkäufer auf dem Markt, in jeder Weise unterstützt.» Auch 1919 musste die strenge Marktaufsicht fortgeführt werden.[54]

Des Weiteren kamen gewisse aargauische Landgemeinden ihrer vom Kanton zugeteilten Pflicht nicht nach, zum Beispiel bei Milchlieferungen. Ende März 1917 musste der Stadtrat zur Kenntnis nehmen, dass die Gemeinde Niederwil einem Badener Milchhändler statt der unter kantonaler Aufsicht zugesicherten 350 Liter nur 55 Liter Milch pro Tag lieferte. Der Stadtrat war so empört, dass er nicht nur einen Beschwerdebrief an den Regierungsrat schickte, sondern noch am selben Abend ein Telegramm nach Aarau sandte. Da Aarau nicht reagierte, beschlossen die Badener Anfang April, selbst nach Milchlieferanten zu suchen, und wurden in den Gemeinden Schongau (LU) und Bünzen (AG) fündig.[55]

Gemüsegärten zur Selbstversorgung für Familien und städtische Einrichtungen

Ende März 1915 diskutierte der Stadtrat erstmals die Frage, ob die Stadt Privaten Gemeindeland zur Bepflanzung überlassen sollte. Nach einigen Abklärungen entschied er, sieben Gesuchstellern Pachtland in der Kiesgrube an der Seminarstrasse zu überlassen.[56]

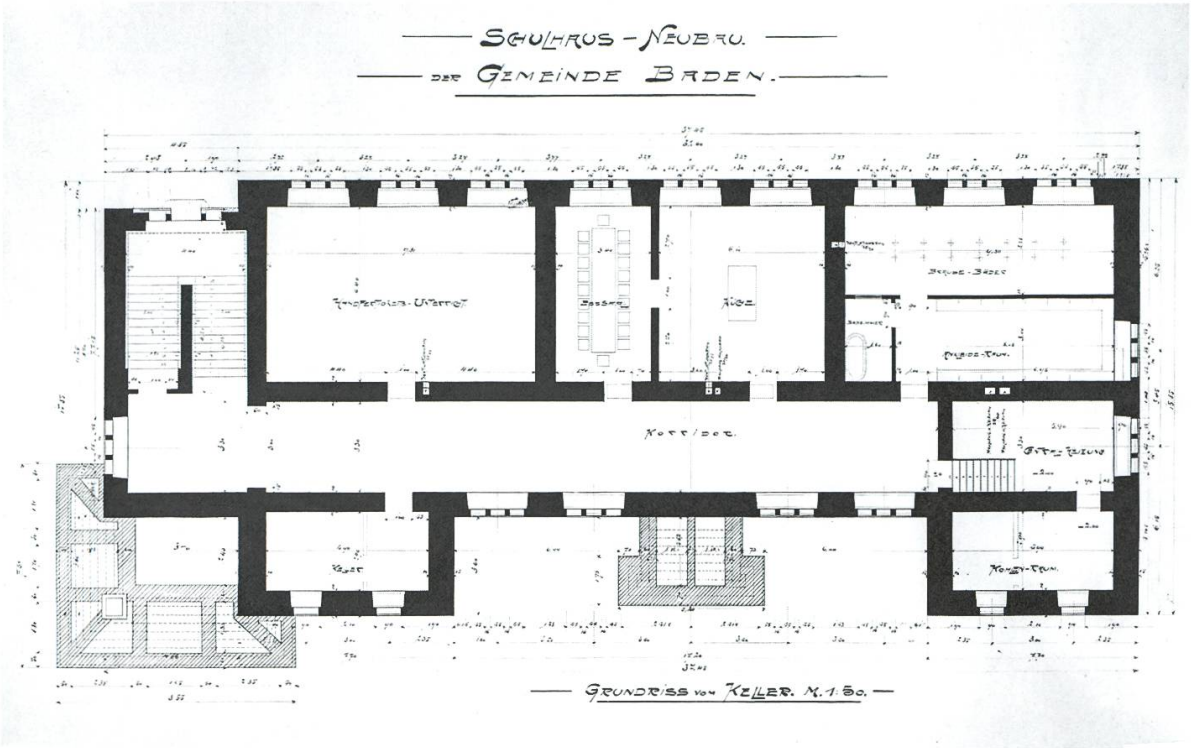
1917, mit der Verschlechterung der Versorgungslage, nahm das Interesse an der Selbstanpflanzung zu. Der Stadtrat identifizierte mögliche Flächen durch eine Umfrage bei der Einwohner- und Ortsbürgergemeinde sowie beim Spitalverwalter: Schadenmühle-Areal, Lindengut, Verenaäcker. Letztere bot der Besitzer, Hotelier Borsinger vom Verenahof, der Stadt zur Pacht an. Anfang März setzte der Stadtrat eine landwirtschaftliche Hilfskommission unter Leitung des Stadtgärtners ein und definierte Eckwerte für die Verpachtung: 1,5 Aren pro Parzelle zu einem Pachtzins von 6–8 Franken. Eine der ersten Aufgaben dieser Kommission war es, Flächen für Anpflanzungen der Gemeinde von Flächen für Kleinparzellen für Private, sogenannte Pünten, abzugrenzen. Die Pünten sollten dabei möglichst in der Nähe der Wohnungen von Interessenten liegen. Am 12. März lagen total 190 Anmeldungen für eine Pünte vor: 45 für eine Parzelle im Kappelerhof, 28 für eine an der Martinsbergstrasse, 45 für eine in der Schadenmühle, 58 für eine im Lindengut und 14 für eine an der Zürcherstrasse. Die meisten Antragsteller bekamen die gewünschte Pünte.[57]

Als Reaktion auf die grosse Nachfrage verhandelte der Stadtrat im Januar 1918 mit weiteren Grundeigentümern über zusätzliches Pflanzland: zwischen Kennelgasse und Rütistrasse, an der Mellingerstrasse im Schadenmühle-Gebiet sowie auf Land der Elektrizitätsgesellschaft Baden. Im Februar desselben Jahres beschloss er, den Sportplatz im Liebenfels umpflügen zu lassen, und gewann damit 36 Aren für die städtische Lebensmittelversorgung.[58]

Die Verpachtung von Pünten durch die Stadt war eine Erfolgsgeschichte: Von 235 Pünten im Jahr 1917 verdoppelte sie das Angebot auf 438 im Folgejahr.Trotzdem konnte die Nachfrage nicht befriedigt werden. Auch 1919 waren die Pünten sehr begehrt, die Anzahl blieb allerdings unverändert. Noch im Jahr 1920 wurden die Pachtparzellen beibehalten, da ein «ethisches Bedürfnis» dafür bestand, wie der Verwaltungsbericht ausführte.[59]

Anfang April 1917 erstellte der Stadtgärtner ein Inventar der landwirtschaftlichen Produktion auf Badener Boden: vorwiegend Kartoffeln (mehr als 1000 Aren, die Hälfte davon Gemeindekartoffeln), zusätzlich Sommergetreide (rund 300 Aren), Hackfrüchte (260 Aren) und Gemüse (110 Aren).[60]

Der Ertrag aus dem Kartoffelanbau der Stadt schwankte, unter anderem als Folge der «kleinen Eiszeit» in den Jahren 1916/17, die zu Missernten führte.[61] Obwohl ein Teil der Kartoffeln im Sommer verdarb, konnte die Stadt 50 Tonnen ernten. 1918 liessen sich auf gleicher Fläche 67 Tonnen, also ein Drittel mehr als im Vorjahr, produzieren. 1919 reduzierte die Stadt ihre Anbaufläche und brachte noch 40 Tonnen Kartoffeln ein.[62]



7 Pläne des Ländli-Schulhauses: Untergeschoss mit Küche und Esssaal, 1911 (Foto: Historisches Museum Baden, Fotohaus Zipser, StAB Q.12.1.475).

8 Küche im Untergeschoss des Ländli-Schulhauses, 1911 (Foto: Historisches Museum Baden, Fotohaus Zipser, StAB Q.12.1.471).

9 Umbauarbeiten im Innern des alten Stadttheaters, August 1918 (Foto: Historisches Museum Baden, Fotohaus Zipser, StAB Q.12.1.1273).
Im Keller des neuen Ländli-Schulhauses gab es eine Küche mit einem kleinen Esssaal. Der Rektor der Badener Gemeindeschule, Karl Killer, hatte die Schülerspeisung eingeführt: Kinder armer Familien bekamen im Winter ein warmes Mittagessen. In dieser Küche wurde im September 1914 die Badener Suppenküche eingerichtet. 1918 beschloss der Stadtrat den Bau einer grossen Gemeindeküche in den Räumen des alten Stadttheaters. Diese Gemeindeküche sollte 800 Portionen täglich zubereiten und verteilen können.

Das städtische Krankenhaus verfügte über einen Pflanzgarten und baute diesen während der Kriegsjahre aus: 1919 kamen Schweine, Kaninchen, Hühner und Eier aus der eigenen Produktion, ebenso Gemüse, Obst und Beeren – genug, um den Eigenbedarf weitgehend zu decken. Gemüse und Obst wurden in der spitaleigenen elektrischen Dörranlage konserviert.[63] Allfällige Überschüsse wurden verkauft und generierten ab 1915 zusätzliche Einnahmen:

1914	1915	1916	1917	1918
0	3125	4136	4981	11 573

Tab. 6: Einnahmen des städtischen Krankenhauses aus Garten und Ökonomie 1914–1918 (in Franken).[64]

Auch für die übrige Stadt wurde die Konservierung von Obst und Gemüse wichtig. Da Zucker schwer erhältlich und teuer war, richtete die Stadt öffentliche Dörranlagen ein, wo Private ihre Vorräte dörren lassen konnten: zunächst im Kraftwerk Aue und im alten Stadttheater, später auch im Gaswerk. Auch die Stadt selbst dörrte für den Eigenbedarf: 1917 verarbeitete sie 15 Tonnen frische Äpfel. Ende 1918 verfügte die

Stadt über einen umfangreichen Dörrgutvorrat: 2,5 Tonnen Apfelschnitze, 1 Tonne Zwetschgen, 500 Kilogramm Birnen, 200 Kilogramm Gemüse. Dieser war höchst willkommen, um die fleischlosen Wochen im Frühling 1919 zu überbrücken. Im Folgejahr wurde der Dörrbetrieb an allen drei Orten weitergeführt. Der städtische Vorrat Ende 1919: 1,8 Tonnen Apfelschnitze und knapp 200 Kilogramm Gemüse.[65]

Energie für die Stadt: mehr Eigenproduktion, weniger Zukauf

Ebenso wichtig wie die Versorgung mit Lebensmitteln war für die Stadt die Versorgung mit Brenn- und Heizstoffen: zum Kochen, Heizen und Beleuchten. Dabei war sie stark von importierten Gütern abhängig, von Petroleum, Kohle, Koks und Gas. Nur bei Brennholz und Elektrizität konnte die Stadt auf eine eigene Produktion zurückgreifen: auf den Badener Wald und die beiden Kraftwerke an der Limmat. Gas wurde ebenfalls in Baden produziert, benötigte dazu aber ausländische Kohle.

Über die Jahre entwickelten sich verschiedene Methoden, um mit Knappheit und Teuerung umzugehen: Zunächst versuchte es die Stadt mit geschicktem Einkauf und dem Anlegen von Vorräten, später kamen Massnahmen, um den Verbrauch zu senken dazu, und schliesslich suchte sie nach Möglichkeiten, Energieträger zu ersetzen. Insgesamt lässt sich eine Verschiebung weg vom Zukauf hin zur Eigenproduktion feststellen.

Ende 1917 veränderten zwei Ereignisse die Situation grundlegend: zum einen die Einführung von Rationierungen durch den Bund und die Etablierung der städtischen Brennstoffzentrale, zum andern die Zustimmung der Badener Gemeindeversammlung zum Kauf aller Anlagen und Einrichtungen der Elektrizitätsgesellschaft Baden.

Geschickt einkaufen und Vorräte anlegen: Schon direkt nach der Mobilmachung im August 1914 sicherte sich die Stadt ihre Energieträger. So unterband sie vorübergehend die Auslieferung von 249 Ster Holz an eine Zellulosefabrik und liess beim Forstamt 42 Ster Brennholz reservieren, das sie allerdings im Folgejahr ungenutzt wieder freigab.[66]

Im Jahr 1915 entwickelte sich das Petroleum zum Sorgenkind. Die Preise differierten willkürlich und erreichten wucherische Höhen. Als daher im September der Städteverband seinen Mitgliedern waggonweise Petroleum offerierte, griff die Stadt zu. Die Badener Behörden organisierten umgehend ein Treffen mit den Petroleumverkäufern und Vertretern der Grossindustrie aus Baden sowie den Nachbargemeinden Ennetbaden und Wettingen, um die Bezugsmengen und deren Verteilung zu besprechen. Im November erreichte ein Waggon voll Petroleum (17 000 Liter) aus den USA die Stadt. Die Behörden verteilten es mit Hilfe einer Abfüllvorrichtung, die BBC zur Verfügung stellte. Die Wiederverkäufer kamen auf diesem Weg zu billigem Petroleum: für 28 Rappen pro Liter. Im Gegenzug waren sie verpflichtet, es ihren Kunden für 35 Rappen pro Liter weiterzugeben.[67]

In den Folgejahren ergriff die Stadt verschiedene Massnahmen, um Privathaushalte und Gewerbe mit Holz, Torf und Kohle zu versorgen. Anfang 1917 gelang

es, grosse Mengen an Schweizer Holz anzukaufen, das die Stadt in der Aue lagerte. Im September berichtete der Forstverwalter, dass im Badener Wald mit einer Holzernte von 4000 Ster und 100 000 Wellen zu rechnen sei, wovon die Hälfte schon im Winter 1917/18 verfügbar werde. Ende 1917 hatte das Holzlager der Stadt einen Wert von einer halben Million Franken. 1918 konnte die Stadt Brennholzlieferverträge mit mehreren umliegenden Gemeinden nach einem kantonalen Verteilungsplan abschliessen.[68]

Arme Haushalte erhielten definierte Kontingente des Holzes (maximal drei Ster plus 50 Reiswellen) zu einem vergünstigten Preis. Dabei verzichtete die Stadt auf Rückvergütungen von Bund und Kanton, da sie den Kreis von Bezugsberechtigten nach eigenem Ermessen festlegen wollte. Die Ansätze der kantonalen Hilfskommission erschienen ihr zu niedrig.[69]

Auch bei der Importware Kohle kämpfte die Stadt mit steigenden Preisen und knappem Angebot. In einer Sitzung mit Vertretern der grossen Kohlenhändler (Elektrizitätsgesellschaft Baden, Konsumverein, Reinle & Burger) im Mai 1917 verhandelte der Stadtammann angemessene Zuschläge für den Detailverkauf auf den Engrospreis von Kohleprodukten franko Basel. Die Kohlezentrale Basel machte den Kauf ihrer Aktien zur Vorbedingung für den Kohlenbezug, was die kleinen Händler finanziell überforderte. So zeichnete die Stadt Aktien für alle städtischen Betriebe gemeinsam: Ende 1917 besass sie zehn Aktien à 500 Franken, Ende 1918 waren es 41 Aktien.[70]

Verbrauch senken: Neben dem Erschliessen neuer Quellen wurden auch Beschlüsse zur Reduktion des Energieverbrauchs getroffen, unter anderem durch Heizvorschriften für Schulhäuser und städtische Gebäude.[71]

Die Betreiber der Badehotels offerierten 1917 und 1918 den Einwohnern von Baden und Ennetbaden sowie den Schülern am Lehrerseminar Wettingen Einzelbäder zum Vorzugspreis von 50 Rappen, denn das warme Thermalwasser sprudelte kostenlos.[72]

Über die Zuteilung von Gas entbrannte ein Methodenstreit: Anfänglich betrug die den Verbrauchern zugeteilte Menge einfach die Hälfte des Vorjahresverbrauches. Dagegen regte sich Kritik, weil so die Verschwender bevorzugt würden. Stattdessen sollte sich die Gasmenge nach der Anzahl Köpfe im Haushalt berechnen. Nach einer Probezeit Anfang Jahr wurde dieses Regime im Sommer 1917 verankert. Im Herbst musste der Gaspreis wegen der teuren Kohle von 25 auf 35 Rappen angehoben werden, was ebenfalls zum Rückgang beim Bezug führte.[73]

Ersatzstoffe finden: Auf der Suche nach Brennstoffen wurde auch Torf als Ersatz für Kohle oder Brennholz gehandelt. Nachdem die kantonale Torfkommission im August 1917 nur ein Zehntel der angeforderten Menge liefern konnte, beschloss die Stadt zum einen, weitere Lieferanten ausfindig zu machen, und kaufte sich im November 1917 mit vier Aktien à 5000 Franken bei der aargauischen Torfgesellschaft in Muri ein. Zum andern veranlasste die Stadt Sondiergrabungen nach Torfvorkommen auf Stadtgebiet und wurde auf dem Schadenmühle-Areal fündig.[74]

Rationierungen und die städtische Brennstoffzentrale: Anfang Oktober 1917 ordnete der Bund die Bestandsaufnahme, Beschlagnahmung und Rationierung von Brennstoffen an. Die Stadt eröffnete daraufhin unter der Leitung eines Stadtrates die städtische Brennstoffzentrale. Diese besorgte den Einkauf von Holz, Torf und Kohle nach Weisungen der kantonalen Zentrale und gab Brennstoffe gegen Bezugskarten an Verbraucher ab. Die Zuteilung betrug in der Regel die Hälfte des Vorjahresverbrauchs. Im ersten Geschäftsjahr gab sie Holz und Torf für 268 000 Franken aus und kaufte für 186 000 Franken ein. Ausserdem vermittelte sie rund 1600 Tonnen Kohleprodukte (Kohle, Koks, Briketts) von der Kohlezentrale in Basel an Verbraucher in Baden. Bis zur Liquidation 1920 legte die Brennstoffzentrale jährlich Rechenschaft über ihren Geschäftsverlauf ab.[75]

Elektrifizierung und die Städtischen Werke Baden: Am 24. Oktober 1917 stimmte die Gemeindeversammlung mit 904 von 1068 gültigen Stimmen dem Ankauf aller Anlagen und Einrichtungen der Elektrizitätsgesellschaft Baden zu (zwei Elektrizitätswerke und ein Gaswerk inklusive zugehöriger Netze und Installationen sowie Liegenschaften und Grundstücke).[76] Per 1. Januar 1918 entstanden daraus die Städtischen Werke, denen die Stadt auch die Trinkwasserversorgung übergab.[77]

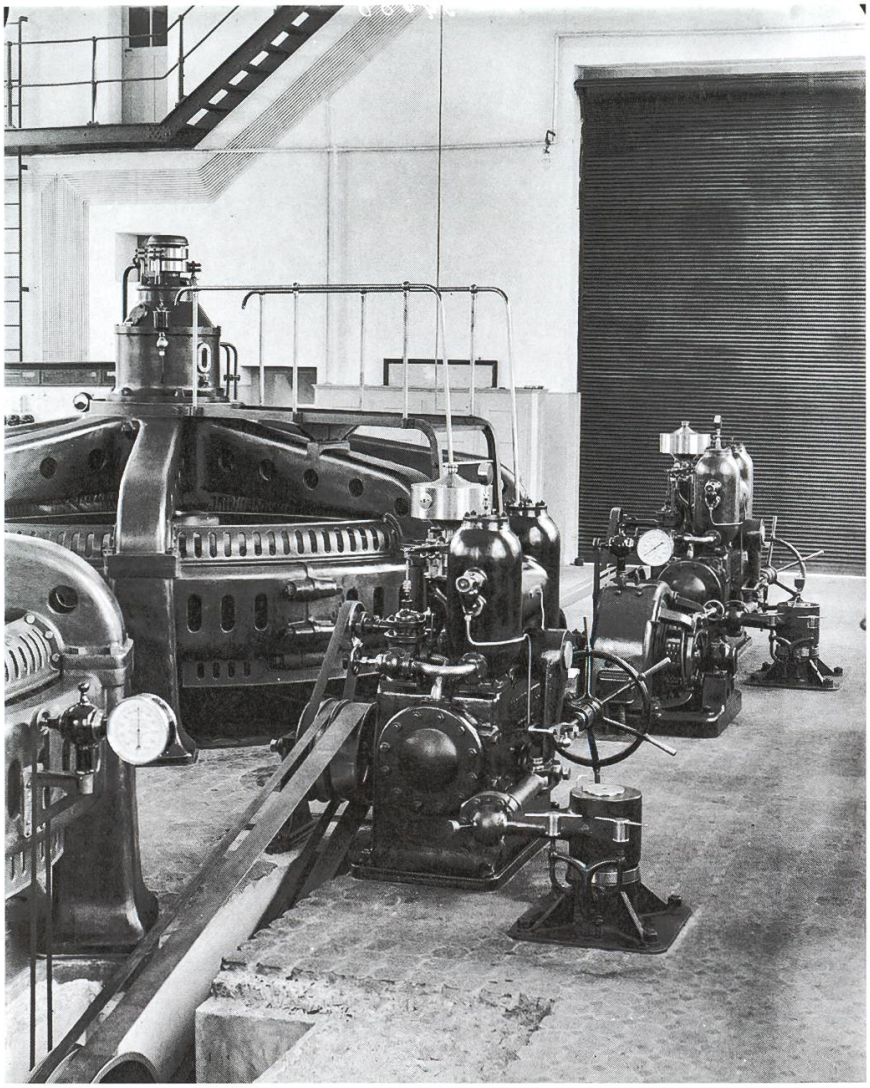
Die Stadt Baden konnte somit nicht nur beim Brennholz, sondern auch beim elektrischen Strom auf Selbstversorgung setzen, dank der beiden Flusskraftwerke im Kappelerhof und in der Aue. Sie trieb daher die Elektrifizierung energisch voran. Heizungen und Kochstellen in städtischen Einrichtungen wurden auf elektrischen Betrieb umgestellt: Heizung und Kochherde im städtischen Krankenhaus, die Gemeindeküche im alten Stadttheater, die Heizungen in Schulhäusern und städtischen Verwaltungsgebäuden, die Beleuchtung im Bahnhof Oberstadt. Ausserdem wurden private Haushalte durch finanzielle Anreize zur Umstellung motiviert.[78]

Als es im Sommer 1918 um die Anschaffung eines Lastwagens für das Bauamt und die Städtischen Werke ging – der unter anderem für Holztransporte der Brennstoffzentrale eingesetzt werden sollte –, war die grosse Frage: Verbrennungsmotor oder Elektromotor? Nach längerer Diskussion bestellte der Stadtrat im September ein Elektromobil, das im August 1919 geliefert wurde.[79]

Die Mietnotkommission als erstes Element der städtischen Wohnungsfürsorge

Im Lauf der Kriegsjahre wurde der Wohnraum knapp, da die Bautätigkeit zurückging. Vorhandene Bauten wurden selten saniert, zu wenig neue gebaut. Deshalb konnte der verfügbare Wohnraum mit der Anzahl Eheschliessungen nicht mithalten.[80]

In Baden wurde die Wohnungsnot nur langsam zum Thema, was wohl mit der Entwicklung der Einwohnerzahl zu tun hatte. Diese nahm während der Kriegsjahre mit Schwankungen insgesamt etwas zu (von 9350 am 1.1.1914 auf 9534 am 31.12.1919), verzeichnete aber mehrmals grosse Einbrüche von mehren Hundert Personen, insbesondere nach der Mobilmachung im August 1914 (minus 550) und nach dem Waffenstillstand im November 1918 (minus 650).



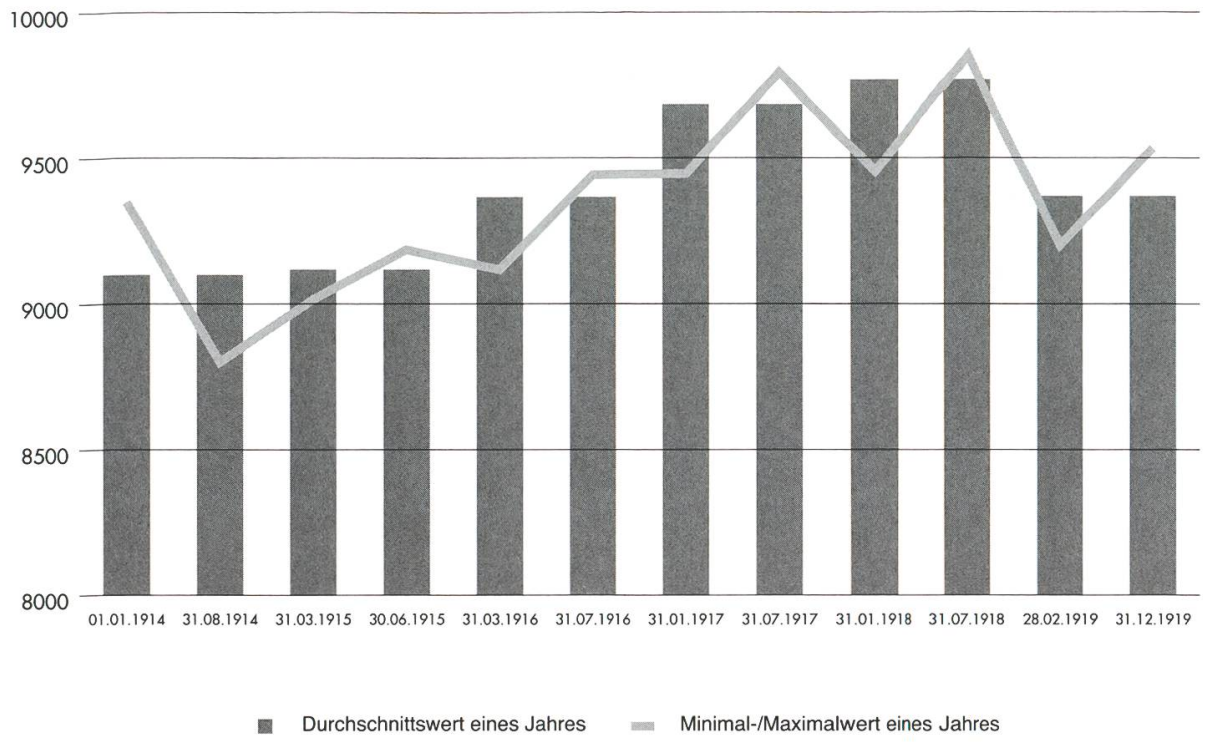
10 Kraftwerk Aue, Maschinenraum, 1910 (Foto: Historisches Museum Baden, Fotohaus Zipser, StAB Q.12.1.518).

11 Kraftwerk Aue, Umbauarbeiten im Sommer 1918 (Foto: Historisches Museum Baden, Fotohaus Zipser, StAB Q.12.1.518).

12 Gaswerk im Roggebode, 1916 (Foto: Historisches Museum Baden, Fotohaus Zipser, StAB Q.12.1.1082). Mehr Selbstversorgung auch bei der Energieproduktion: günstige Ausgangslage für die Stadt Baden, die über zwei Kraftwerke (Aue und Kappelerhof) und ein Gaswerk verfügte. Gaswerk und Kraftwerke gehörten bis Ende 1917 der privaten Elektrizitätsgesellschaft Baden (EGB). Am 1. Januar 1918 entstanden die Städtischen Werke Baden, die alle Anlagen und Einrichtungen der EGB für 4,7 Millionen Franken übernahm. Die Gemeindeversammlung hatte am 24. Oktober 1917 mit überwältigender Mehrheit der Investition zugestimmt.

Schon im Frühling 1917 hatte der Bund die Kantone zur Durchführung einer Umfrage in den Gemeinden bezüglich Mietzinssteigerungen veranlasst. Die Antwort der Stadt Baden: Es seien ihr keine bekannt. Und im November, als eine kantonale Kommission über die Schaffung einer Mietnotverordnung beriet, meinte der Stadtrat, es gebe in Baden keinen Bedarf dafür. Allenfalls sollten den Gemeinden Kompetenzen zum Eingriff bei Mietwucher und ungerechtfertigter Kündigung übertragen werden.[82]

Dennoch: 1918 dehnte die Stadt die Notstandsfürsorge auf das Wohnungs- und Niederlassungswesen aus. So verpflichtete der Stadtrat alle Vermieter, Wohnungen erst dann an Auswärtige zu vermieten, wenn die Bewilligungen zur Niederlassung und zur Einmietung vorlagen. Mit dieser Auflage hoffte er, zwei Fliegen auf einen Schlag zu treffen: Einblick in den lokalen Wohnungsmarkt gewinnen und bei Bedarf den Zuzug kontrollieren. Auf weitergehende Massnahmen, wie einen offiziellen Wohnungsnachweis oder eine amtliche Wohnungsvermittlung, verzichtete die Stadt vorläufig. Sie verlangte allerdings, dass Wohnungen vor der Vermietung «mietwür-



Grafik 2: Entwicklung der Einwohnerzahl in Baden 1914–1919 (Minimum, Maximum, Durchschnitt).[81]

dig» hergerichtet werden mussten. Ausserdem stärkte sie die Position der Mieter durch die Einsetzung einer Mietnotkommission zur Verhinderung von ungerechtfertigten Mietzinserhöhungen und Kündigungen. Diese Kommission war paritätisch durch Vertreter beider Seiten, Mieter wie Vermieter, besetzt. Als Obmann fungierte ein erfahrener Fürsprech, der bereits als Obmann im gewerblichen Schiedsgericht amtete. In den ersten zwei Jahren verhandelte die Kommission mehr als 500 Fälle.[83]

1919 griff der Stadtrat stärker in den Wohnungsmarkt ein und versuchte, die Wohnungsnot durch die Beschlagnahmung leerstehender Wohnungen zu lindern. Des Weiteren liess er drei Wohnbaracken aufbauen (zwei an der hinteren Halde, eine im Meierhof) und richtete finanzielle Hilfen bei der Instandstellung «unwürdiger» Wohnungen aus. Ausserdem setzte er weiterhin auf die Beschränkung der Zureise.[84]

Als weiteres Element der offiziellen Wohnungsfürsorge wurde die Gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft Baden gegründet, an der sich sowohl die Einwohnergemeinde als auch die Städtischen Werke beteiligten. Eine spezielle Wohnbaukommission erarbeitete ihre Statuten.[85]

Im Jahr 1920 veranlasste eine monatlich sich verschärfende Wohnungsnot den Stadtrat zu weitergehenden Massnahmen: Neben der Beschaffung von neuem und der Verbesserung bestehenden Wohnraums begann er, auch die Ausnützung und Verteilung von Wohngelegenheiten zu steuern. Am 1. November 1920 eröffnete ein amtliches Wohnungsnachweisbüro, das das Monopol für die Wohnungsvermittlung in Baden erhielt. Das neue Büro konnte im ersten halben Jahr nur ein Drittel der Gesuche (65 von 181) positiv beantworten.[86]

Die Lohnpolitik der Stadt: Lohnfortzahlungen, Teuerungszulagen und Besoldungsrevisionen

Nach der Mobilmachung ging es zunächst um Lohnfortzahlungen beziehungsweise Lohnreduktionen bei den städtischen Arbeitern und Angestellten, die in den Militärdienst einrücken mussten. Die Stadt entschied, den Taglohnarbeitern den halben Lohn für die Dauer ihres Dienstes auszurichten. Bei den Angestellten war sie etwas grosszügiger: Diese sollten den vollen Lohn für den Monat August bekommen, danach – ab September – gab es Reduktionen. Verheiratete sollten den halben und Ledige ein Viertel des regulären Monatslohns bekommen. Da bekannt wurde, dass die Stadt Aarau grosszügiger verfuhr, stellten Kaderangestellte (der Chef Einwohnerkontrolle, der städtische Buchhalter und der Strassenmeister) im September ein Widererwägungsgesuch und erreichten, dass Verheirateten weiterhin der volle Lohn ausbezahlt wurde. Nur bei Offizieren sollte es einen Lohnabzug geben. Ende September entschied der Stadtrat, dasselbe Lohnregime wie der Kanton beim Staatspersonal anzuwenden, und zwar bei allen Gemeindeangestellten und bei den Lehrern: 40 Prozent Lohnabzug für Offiziere.[87]

In den folgenden Jahren beherrschten Inflation und Teuerung die städtische Lohnpolitik. Nach zweieinhalb Kriegsjahren betrugen diese gegen 50 Prozent. 1918 hatten sich die Lebenskosten gegenüber 1914 verdoppelt. Trotz Kriegsende stiegen sie weiter an und erreichten ihr Maximum im Jahr 1920; erst im Folgejahr fielen sie wieder aufs Niveau von 1918 (siehe auch Tabelle 4).[88]

Im September 1916 stimmte die Gemeindeversammlung daher einer Teuerungszulage für städtische Arbeiter und Angestellte mit einem Jahreslohn bis zu 3000 Franken zu. Die Zulage wurde rückwirkend per Anfang Jahr ausgerichtet. Da die Teuerung anhielt, wurde 1917 allen Gemeindeangestellten eine Teuerungszulage ausbezahlt – bis auf die Mitglieder des Stadtrats, die darauf verzichteten. Im selben Jahr liess der Stadtrat ein neues Besoldungsreglement vorbereiten. Doch auch die generelle Erhöhung der Saläre im Jahr 1918 genügte nicht: Fürs zweite Halbjahr musste wiederum eine Teuerungszulage ausgerichtet werden (Beschluss der Gemeindeversammlung im Februar 1919, mit Rückwirkung).[89]

Ab 1919 verstetigte sich die Situation. Der Stadtrat ordnete Löhne und Teuerungszulagen für Arbeiter und Angestellte der Städtischen Werke und liess Grundlagen für die Einrichtung einer Pensionskasse für die städtischen Arbeiter und Angestellten ausarbeiten. 1920 hatte die städtische Lohnpolitik mehrere Ziele erreicht, wie der Stadtrat in seinem Bericht über das Verwaltungsjahr schrieb: feste Gehaltsordnungen statt beweglicher Teuerungszulagen, eine Besoldungsordnung für die Angestellten der allgemeinen Stadtverwaltung, zeitgemässe Anstellungsverhältnisse für die Stadtarbeiter, geordnete Arbeitsbedingungen fürs Personal der städtischen Werke, Ortszulagen für die Lehrerschaft im Anschluss an das neue kantonale Lehrerbesoldungsgesetz, Vorarbeiten für eine Pensionskasse der städtischen Arbeiter und Angestellten sowie Grundlagen für die Umgestaltung der Lehrerpensionskasse.[91]

	1914	1915	1916	1917	1918
Stadtarbeiter Taglohn	4–5				7–10.50
Stadtarbeiter Jahreslohn (Durchschnitt)	1679	1690	1871 + 187.50	2080 + 352	2832 + Teuerungszulage
Korporal der Stadtpolizei (stv. Kommandant)	2840	2840	2840 + Teuerungszulage	2840 + Teuerungszulage	4000 + Teuerungszulage + Nachtzulage
Stadtammann*	6000	6000	6000	6000	7500

* 1920 stieg der Lohn des Stadtammans auf 11 000 Franken.

Tab. 7: Entwicklung von Tages- und Jahreslöhnen 1914–1919 anhand ausgewählter Beispiele, in Franken.[90]

Das Total der Besoldungen gemäss Jahresrechnung der Einwohnergemeinde stieg im Untersuchungszeitraum von 64 000 Franken (1914) auf 111 000 Franken (1918) und erreichte schliesslich 151 000 Franken (1920).[92]

Rote Zahlen am Ende der «gemeindlichen ‹Kriegswirtschaft›»

Die Ausgaben der Stadt stiegen mit Kriegsbeginn stark an. Neben den Kosten für die Armenfürsorge fielen zunehmend ausserordentliche Kosten für die Notstandsfürsorge an. Ab 1916 mussten explodierende Personal- und Energiekosten und ab 1917 ausserordentliche Investitionen für den Kauf der Städtischen Werke und für die Elektrifizierung von Beleuchtungen, Heizungen und Kochstellen in städtischen Einrichtungen finanziert werden.

In den ersten Jahren versuchte die Stadt, diese Kosten mit Hilfe von Einsparungen im Rahmen des regulären Finanzhaushaltes zu decken. Das gelang ihr aber nicht: Ende 1917 war ein Defizit von knapp 120 000 Franken aufgelaufen.[93] Auf Vorschlag der Finanzkommission nahm die Stadt ein Darlehen über 300 000 Franken bei der Aargauischen Kreditanstalt Baden auf und eröffnete eine separate Rechnung für Notstandsmassnahmen, die sie erst Mitte 1920 wieder schloss.[94] Die höheren Personalkosten hingegen verblieben in der regulären Jahresrechnung, und für den Kauf der Städtischen Werke nahm die Stadt ein Darlehen auf.

In der separaten Abrechnung für die Notstandsmassnahmen verbuchte die Stadt sämtliche Aufwendungen für die allgemeine Notstandsfürsorge (Pflanzland,

Kartoffelversorgung, Dörranlage, Obst- und Gemüseversorgung, diverse Lebens- und Futtermittel, Butterversorgung sowie die Nebenkosten), die Verbilligung von Lebensmitteln und Milch, Einrichtung und Betrieb der Gemeindeküche sowie die Brennstoffversorgung. Auch die durch die Grippe verursachten Kosten schlug sie dazu.

1921 legte die Stadt der Gemeindeversammlung die separate Abrechnung für die Notstandsaktion in den Jahren 1917–1920 vor.[95] Daraus einige interessante Zahlen:

- Die gesamten ausserordentlichen Aufwendungen beliefen sich auf nominal 2,35 Millionen Franken. Davon erhielt die Stadt 1,95 Millionen Franken zurückvergütet (vorwiegend von Bund und Kanton).
- Von der daraus resultierenden Schuld von 400 000 Franken konnte die Stadt 110 000 Franken bis Ende 1920 tilgen. Die Restschuld von 290 000 Franken wurde aufs nächste Rechnungsjahr (1921) vorgetragen.
- Die grössten Einzelposten bei den Aufwendungen waren 881 000 Franken für die Brennstoffversorgung, 512 000 Franken für die Butterversorgung und 211 000 Franken für die Kartoffelversorgung sowie 340 000 Franken für die Verbilligung von Lebensmitteln und 98 000 Franken für die Verbilligung von Milch.
- Unter den Abschreibungen, die die Stadt vornehmen musste – also Aufwendungen, die sie nicht weiter verrechnen konnte –, waren diejenigen für die Brennstoffversorgung und die Verbilligung von Lebensmitteln mit je knapp 100 000 Franken die grössten. Die Nebenkosten für die Durchführung der Notstandsaktion schlugen ebenfalls mit rund 100 000 Franken zu Buche, mehr als die Hälfte davon für Personal, Schuldzinsen und Drucksachen.

Einige Kommentare zu dieser Abrechnung: Sie enthält ausschliesslich nominale Frankenbeträge, die über mehrere Jahre hinweg aufsummiert wurden, obwohl der Franken von 1920 viel weniger wert war als derjenige von 1917. Der Zerfall seiner Kaufkraft war enorm: Die Jahresteuerung betrug in den Jahren 1917 und 1918 je 25 Prozent, 1919 immer noch 9 Prozent.[96] Als Folge davon wurden die Zahlen, die in die Rechnung einflossen, mit den Jahren immer grösser.

Ein weiteres auffälliges Element der Notstandsrechnung ist die vollständige Integration der Abrechnung der städtischen Brennstoffzentrale unter der Rubrik Brennstoffversorgung. Dabei wurde nicht unterschieden zwischen normalem Aufwand im Handel mit Brennstoffen, der auf jeden Fall angefallen wäre, und krisenbedingtem Zusatzaufwand. Als Folge davon wird die Notstandsrechnung aufgebläht, das heisst, ihr Total ist grösser, als es sein müsste.

Aus diesen Beobachtungen drängt sich eine Schlussfolgerung auf: Die Abrechnung der Notstandsabrechnung, wie sie die Stadt vorlegte, sieht zwar aus wie ein kaufmännisches Dokument – tatsächlich ist es aber ein hochpolitisches Dokument. Die Stadt legt darin Rechenschaft darüber ab, in welchem Umfang ihre Einwohner während der Krise unterstützt wurden und wer diese Unterstützung finanziert hat. Grosse Zahlen in verschiedenen (Teil-)Resultaten waren daher politisch opportun. Es

ist allerdings zu bedenken, dass als Folge der Geldentwertung das verbleibende Defizit beim Abschluss der ausserordentlichen Notstandsrechnung real deutlich kleiner war als ein nominal gleich grosses Defizit zum Zeitpunkt der Eröffnung.

Und die Einnahmen? Die Stadt verzichtete für die Dauer des Krieges auf Steuererhöhungen. Trotzdem ging es mit dem Steuerertrag bergauf, von 581 000 Franken (1914) auf 737 000 Franken (1918). 1919 wurde eine Steuererhöhung fällig: Der städtische Steuerfuss stieg von 3⅝ auf 4½ Einheiten – was einem Plus von 24 Prozent entspricht – und der Steuerertrag erreichte 1,128 Millionen Franken. 1920 trat das neue kantonale Gesetz über die Lehrerbesoldung in Kraft; als Folge senkte die Stadt ihren Steuerfuss auf 4 Einheiten, während der Kanton neu 2 Einheiten statt wie früher ½ Einheit einzog. Das heisst: Musste ein Badener Steuerzahler bis 1918 erst 4⅛ Einheiten an Stadt und Kanton zusammen abliefern, so waren es 1919 bereits 5 und 1920 gar 6 Einheiten.[97]

	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
Steuerfuss	3⅝	3⅝	3⅝	3⅝	3⅝	4½	4
Steuerertrag	581 000	574 000	603 000	658 000	737 000	1 128 000	1 132 000

Tab. 8: Entwicklung des Steuerfusses (Einheiten) und der Steuererträge (Franken) in der Stadt Baden 1914–1920.[98]

Die Grippe strapaziert Bevölkerung und Behörden

Die Grippe erreichte im Juli 1918, während der Sommerferien, die Stadt. Im August ging die Epidemie zurück, flammte im Lauf des Monats September aber wieder auf und beruhigte sich erst aufs Jahresende. Eine zweite Welle traf die Stadt im Februar/März 1920. Die Verbreitungswege der Infektionskrankheit waren bekannt, daher setzten die amtlichen Abwehrmassnahmen auf die Vermeidung von Menschenansammlungen und auf die Desinfektion von möglicherweise kontaminierten Oberflächen.[99]

Nach Beratungen mit dem Bezirksarzt und dem Bezirksamtmann am 17. Juli 1918 beschloss der Stadtrat, die ursprünglich auf den Folgetag angesetzte Gemeindeversammlung auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Der Stadtrat stellte im Oktober Antrag an den Regierungsrat, wichtige Geschäfte der Gemeinde allenfalls an der Urne entscheiden zu lassen, was dieser bewilligte. Ende November war absehbar, dass es im zweiten Halbjahr 1918 keine Gemeindeversammlung mehr geben würde. So fanden die anstehenden Lehrerinnenwahlen an der Urne statt.[100]

Das Versammlungsverbot erstreckte sich auch auf den Schulbetrieb: Zunächst wurden die Sommerferien über den ganzen August hinweg verlängert. Schulbeginn war erst am 2. September, mit reduziertem Gesangsunterricht. Im Lauf des Monats nahmen die Grippefälle wieder zu. So wurden die Schulen am 9. Oktober abermals geschlossen und erst am 21. November wieder geöffnet.[101]

Für den Badener Kur- und Kasinobetrieb erwirkte der Stadtrat eine Ausnahme

vom kantonalen Versammlungsverbot: Veranstaltungen in geschlossenen Räumen waren verboten, im Freien hingegen blieben sie erlaubt. Ausserdem mussten die Hotels ihren Abfall mit Kalkmehl bestreuen. Im Oktober wurden auch die Freiluft-Konzerte eingestellt.[102]

Auch Gottesdienste fielen eigentlich unter das Versammlungsverbot. Trotzdem war die katholische Stadtkirche an einem Sonntag im August dreimal mit Gottesdienstbesuchern gut gefüllt. Und zum Missfallen der Behörden spielte eine Lehrerin – eine Gemeindeangestellte – die Orgel. Auch die Reformierten nahmen das Versammlungsverbot nicht so ernst. Der Pfarrer liess sich nur mit Mühe von Proben mit dem reformierten Kirchenchor abhalten. Erst ab Oktober setzte der Stadtrat mit Hilfe des Bezirksamtes die Gottesdienstverbote für beide Konfessionen strikt durch.[103]

Militärdienst: Der Stadtrat setzte sich beim Kommandanten der Landsturmkompanie III/46 dafür ein, auf das geplante Aufgebot der Kompanie wegen der Grippe zu verzichten. Das Territorialkommando gab dem Gesuch des Kommandanten statt.[104]

Neben Versammlungsverboten setzte die Stadt auch auf grossflächige Desinfektionsaktionen. Das war nichts Neues: Die Desinfektion von Räumen war eine übliche Massnahme bei ansteckenden Krankheiten aller Art, zum Beispiel bei Tuberkulose. So wies die Stadt in ihren Berichten über die vergangenen Verwaltungsjahre auch die Anzahl durchgeführter Desinfektionen (mit Formalin oder durch Dampf) aus. Überraschend: Das Jahr 1918 sticht nicht heraus.

1914	1915	1916	1917	1918	1919
25	84	129	114	99	83

Tab. 9: Anzahl durchgeführter Desinfektionen bei Privaten und im städtischen Krankenhaus 1914–1919.[105]

Der Stadtrat ordnete im Juli sogar die Desinfektion von Strassen durch reichliches Bespritzen mit Wasser und einem Zusatz von Lysol an. Der Bezirksarzt setzte allerdings dieser Aktion nach einer Woche ein Ende mit dem Hinweis, sie sei völlig nutzlos.[106]

Für die Pflege Grippekranker wurden neben den Gemeindeschwestern und dem Samariterverein auch Freiwillige aus der Bevölkerung angelernt und eingespannt. Um sicherzustellen, dass sich alle Erkrankten medizinisch betreuen liessen, beschloss die Stadt Mitte Oktober, die Behandlungskosten bei Arzt und Apotheker für arme Einwohner und Schüler zu übernehmen.[107]

Spezielle Grippebetten wurden zunächst im Absonderungshaus (30 Betten), später auch im Krankenhaus selbst aufgestellt. Als Ende Oktober 50 Grippekranke im Spital lagen, mussten chronisch Kranke Platz machen und Grippepatienten von Aussengemeinden wurden zurückgeschickt. Die Stadt richtete ausserdem in zwei Schulzimmern des Ländli-Schulhauses ein Notspital ein, welches aber nicht in Betrieb genommen werden musste.[108]

An der Entwicklung der Patientenzahlen im städtischen Krankenhaus und an der Anzahl Todesfälle pro Jahr ist die Grippe gut zu erkennen – beide Werte erreichten 1918 ein relatives Maximum:

	1914	1915	1916	1917	1918	1919
Patientenzahl	813	855	990	1045	1246	912
Todesfälle	134	127	153	158	197	179

Tab. 10: Todesfälle in Baden und Patientenzahlen im städtischen Krankenhaus 1914–1919.[109]

Fazit: Im zweiten Halbjahr 1918 gab es rund 2600 Grippefälle in Baden. In 49 Fällen führte die Grippe zum Tod.[110] Die Zahl der Erkrankten ist als grobe Schätzung zu verstehen, da die Behörden grosse Mühe hatten, von den niedergelassenen Ärzten korrekte Gripperapporte zu bekommen.[111]

Zwischen Arbeitswilligen und Streikenden, Bürgerwehren und Ordnungskräften

Über die Ereignisse in der Stadt Baden während des Landesstreiks gibt es mehrere Quellen von verschiedenen Zeitzeugen und eine ganze Reihe von Darstellungen von unterschiedlichen Autoren zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Im Folgenden konzentriere ich mich im Einklang mit den übrigen Kapiteln auf diejenigen Quellen, die die Perspektive des Stadtrates wiedergeben: das Stadtratsprotokoll,[112] den «Bericht über das Verwaltungsjahr 1918»[113] und das ausführliche «Memorial»,[114] das der Stadtschreiber im Auftrag des Stadtrates zuhanden des Archivs verfasste. Ich werde darlegen, welche Ziele der Stadtrat nach eigenem Bekunden hatte, welche Mittel ihm zu Verfügung standen und in welchen Spannungsfeldern er agieren musste.

Die erklärten Prioritäten des Stadtrats für die Streiktage waren erstens die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln, Elektrizität, Gas und Wasser und zweitens die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit. «Der Gemeinderat wird [...] lediglich die öffentlichen Interessen vertreten und sich in private Verhältnisse nur einlassen, soweit Gesetzeswidrigkeiten vorkommen.»[115] Die Behörden mussten dabei in mehreren Spannungsfeldern gleichzeitig agieren: zwischen Arbeitswilligen und Streikenden, zwischen Bürgerwehren und Ordnungskräften, zwischen Badenern und Auswärtigen, zwischen Gerüchten und gesicherten Fakten.

24-stündiger Proteststreik (Samstag, 9. November 1918). Schon am Vortag hatte der Stadtrat Massnahmen diskutiert, um die Belieferung der Stadt mit Milch und elektrischer Energie zu gewährleisten. Denn beides – Milch und elektrischer Strom – konnte nicht gelagert und somit keine Vorräte angelegt werden. So sollte die Milch notfalls mit einem Lastauto bei den Produzenten abgeholt werden und für die Stromversorgung der Stadt alleine – ohne BBC – würde das obere Kraftwerk (Aue), betrieben von einem einzigen Mann, genügen. «Der Gemeinderat sieht von weitern Vorkehren ab, indem er auf die Besonnenheit und Einsicht der Bevölkerung, speziell

13 Karl Killer (1878–1948), Rektor der Gemeindeschule Baden. Präsident des aargauischen Lehrervereins ab 1912, Grossrat für die sozialdemokratische Partei ab 1912, Nationalrat ab 1919. Nach dem Tode von Josef Jäger 1927 zum Stadtamman von Baden gewählt. Hier auf einer Gruppenaufnahme des Lehrkörpers von Bezirks- und Gemeindeschule Baden aus dem Jahr 1909. Karl Killer ist der junge Mann in der hinteren Reihe links. (Historisches Museum Baden, Fotosammlung, StAB Q.09.10.52.)

14 Hans Raschle, Dr. iur. (1888–1938), Stadtschreiber von Baden 1913–1938 (Reproduktion, Historisches Museum Baden, Fotohaus Zipser, StAB Q.12.1.2605). Während des Landesstreiks standen sich in Baden zwei Männer gegenüber, die ansonsten eine enge Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt pflegten: Karl Killer und Hans Raschle. Killer war Mitglied der Streikleitung, zusammen mit Albert Bölsterli, stellvertretender Sekretär der Arbeiterunion. Raschle, junger Offizier mit guten Verbindungen aus dem Aktivdienst, organisierte die Bereitstellung von militärischen Einheiten zur Verstärkung des Badener Ordnungsdienstes. Er war Mitglied im Streikabwehrkabinett und verfasste eine Denkschrift über den Verlauf des Landesstreiks in Baden.

auch der Arbeiterschaft vertraut.»[116] Der Proteststreik selbst verlief am Samstag ohne nennenswerte Zwischenfälle.

Der Landesstreik (Dienstag, 12. bis Donnerstag, 14. November 1918). Am Montagnachmittag traf sich der Stadtrat mit einer erweiterten Runde und erörterte die Lebensmittelversorgung, die öffentlichen Betriebe und die öffentliche Sicherheit. Am Abend war die Belieferung der Stadt mit Milch und Brot für die Dauer des Streiks organisiert, ebenso die Versorgung mit Wasser, Gas und Elektrizität, da die Arbeiter der Städtischen Werke am Streik nicht teilnehmen würden. Für den Ordnungs- und Sicherheitsdienst stellte der Stadtrat die Stadtpolizei, verstärkt durch Kantonspolizisten, sowie Männer der städtischen Feuerwehr ab. Und für den Fall, dass die Badener Ordnungskräfte zahlenmässig nicht genügen sollten, konnte der Stadtrat auf das Militär zurückgreifen, denn durch Verhandlungen mit der aargauischen Militärdirektion und dem Eidgenössischen Generalstab war es ihm gelungen, militärische Einheiten zu seiner Verfügung abrufbereit zu halten: Dragoner aus Brugg, die aargauische Landsturmkompanie III/46, deren Männer aus Baden und der nächsten Umgebung stammten, sowie Einheiten von den Ordnungstruppen für Zürich. Seine Absicht: «sich solange als möglich mit ‹Hausmitteln› behelfen».[117]

Der Streik begann Dienstagnacht um null Uhr. In Baden wurde er nur teilweise befolgt. So kam es am Dienstagvormittag zu Auseinandersetzungen zwischen Streikwilligen und Arbeitswilligen vor dem Fabriktor der BBC. 28 Dragoner waren zur Stelle und zerstreuten die Menge. Danach wurden die Berittenen ausserhalb der Stadt in der Turnhalle und in der Reithalle Boveri am Ländliweg untergebracht. Sie durften sich in der Stadt nicht zeigen! Lokale Polizisten und Feuerwehrleute besorgten weiterhin den Ordnungsdienst. Da sich die Stadtarbeiter entgegen früheren Absprachen doch am Streik beteiligt hatten, verhandelte der Stadtrat mit der lokalen Streikleitung wegen der «Freigabe» von städtischen Arbeitern und Monteuren für die Strassenreinigung und für den Unterhalt des Leitungsnetzes. Ansonsten «gingen der 12. November und der Vormittag des 13. November, das heisst die Zeit, solange sich keine auswärtigen Streikenden einmischten, in Ruhe vorbei».[118]

Das änderte sich am Mittwochnachmittag: Kurz nach 13 Uhr fuhr ein Lastauto mit rund 40 Zürcher Streikunterstützern, das sich in die Stadt gemogelt hatte, vor der BBC vor. Die Zürcher versuchten, Arbeitswillige zu behindern, doch die Dragoner stellten die Ruhe wieder her. Danach versammelten sich die Streikenden auf dem Theaterplatz und berieten das weitere Vorgehen. Dabei machte ein Zürcher Aktivist den Vorschlag, man könne die Fabriken am besten via Elektrizitätsversorgung stilllegen. Gleichzeitig machte die Nachricht die Runde, dass die Zürcher Streikleitung plane, in der Nacht mehrere Hundert Streikende nach Baden zu schicken. Beunruhigt durch den Zwischenfall mit dem Zürcher «Streikautomobil» forderte der Stadtrat beim Kommandanten der Zürcher Ordnungstruppen Verstärkung an und bekam die Zusage für einen Zug Infanterie. 38 Mann trafen gegen 16 Uhr in Baden ein. Ausserdem berief der Stadtrat auf 19 Uhr abends die einheimische Landsturmkompanie

III/46 ein. Sie sollte ausgewählte Objekte in der Stadt schützen, in Ergänzung zum örtlichen Ordnungsdienst. Schon früher am Nachmittag hatte der Stadtrat die einheimische Bevölkerung durch Plakate informiert und zur Ruhe aufgerufen. Trotzdem versammelten sich rund 2000 Personen zu einer vaterländischen Kundgebung auf dem Bahnhofplatz.[119]

Der Stadtrat liess Beobachtungsposten links und rechts der Limmat, in Dietikon und Killwangen sowie in Würenlos und Wettingen, einrichten. In den frühen Morgenstunden des Donnerstags erreichte die Meldung die Stadt, dass eine grosse Zahl von Zürcher Aktivisten in kleinen Gruppen im Anmarsch auf Baden seien. Der Stadtrat forderte weitere militärische Verstärkung aus Zürich an und bekam die Zusage für ein Kavallerieregiment, das bei Urdorf stationiert war. Die Badener Ordnungskräfte hielten rund 200 Personen beim südlichen Ortseingang an und setzten sie im Saal zum Roten Turm fest. Dabei wurden Schlagringe, Totschläger und ein geladener Revolver sichergestellt. Etliche Zürcher gaben zu, zur strikten Durchführung des Streiks nach Baden entsandt worden zu sein. Erst danach erreichten zwei Kavallerieschwadrone aus Urdorf die Stadt und übernahmen den Ordnungsdienst. Deren Kommandant entliess ab 8 Uhr morgens die Zürcher Aktivisten in kleinen Gruppen. Nach 10 Uhr verbreitete sich die Nachricht, dass der Generalstreik abgebrochen worden sei. Die lokale Streikleitung erhielt die Bestätigung aber erst gegen 15 Uhr. Die beiden Kavallerieschwadrone verliessen bereits am frühen Nachmittag die Stadt.[120]

Alle Streikenden nahmen am Freitag die Arbeit wieder auf. Sowohl die Dragoner als auch der Infanteriezug verliessen Baden. Die Badener Landsturmkompanie demobilisierte als letzte Ordnungstruppe am Samstag.

Politisches und administratives Nachspiel. Der Regierungsrat forderte einen Bericht über die Ereignisse in Baden an, da sozialdemokratische Grossräte aus der Region Baden telegrafisch Beschwerde gegen die Festsetzung der Zürcher Streikenden eingelegt hatten. Dieser Bericht, datiert vom 16. November 1918, wurde vermutlich vom Bezirksamtmann verfasst, der die Badener Behörden vor Ort begleitet hatte.[121]

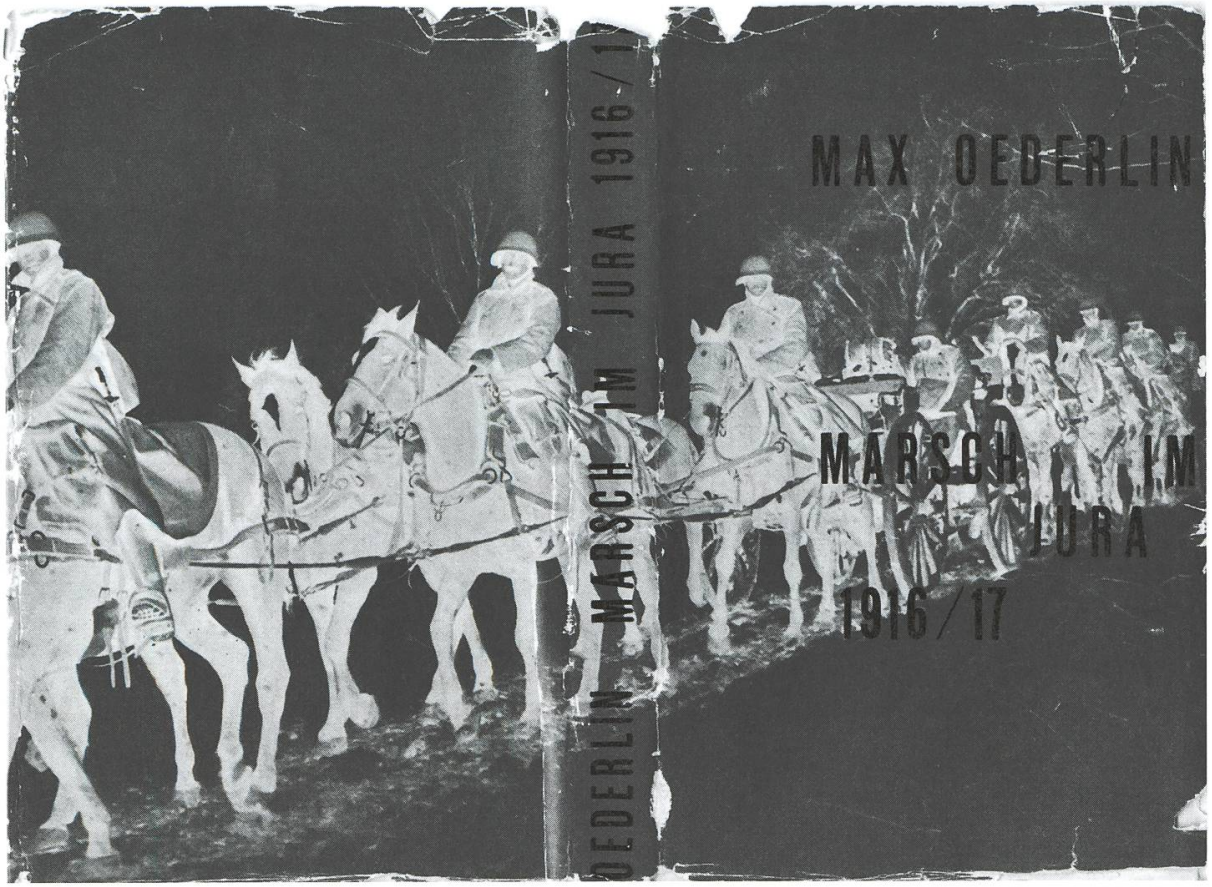
Auch in den folgenden Stadtratssitzungen gaben die Vorgänge während der Streiktage zu reden. Vor allem Stadtrat Bisang (Sozialdemokrat und Präsident der Arbeiterunion), der während des Streiks wegen Grippe das Bett gehütet hatte und ab dem 8. November entschuldigt gewesen war, hatte Klärungs- und Diskussionsbedarf.

Montag, 18. November 1918: Sitzung des Stadtrates, ohne Stadtrat Bisang. Beim Rückblick auf die Streiktage wünschte der Stadtammann – der als Nationalrat während des heissen Donnerstags nicht in Baden, sondern in Bern gewesen war –, dass der Stadtschreiber ein ausführliches Memorial aller Geschehnisse verfasse, zuhanden der Archive. Ausserdem beschloss der Stadtrat, dass die Gemeinde Verpflegungs- und Unterkunftskosten der Ordnungstruppen übernehmen würde. Das Verhalten der Stadtarbeiter wurde gerügt: «Es war ausserordentlich bedauerlich, dass die Arbeiter [...], die den städtischen Behörden verpflichtet sind, beim Streik mitmachten, sodass die Behörde sich an die Streikleitung wenden musste, um die nötige Anzahl Arbeiter

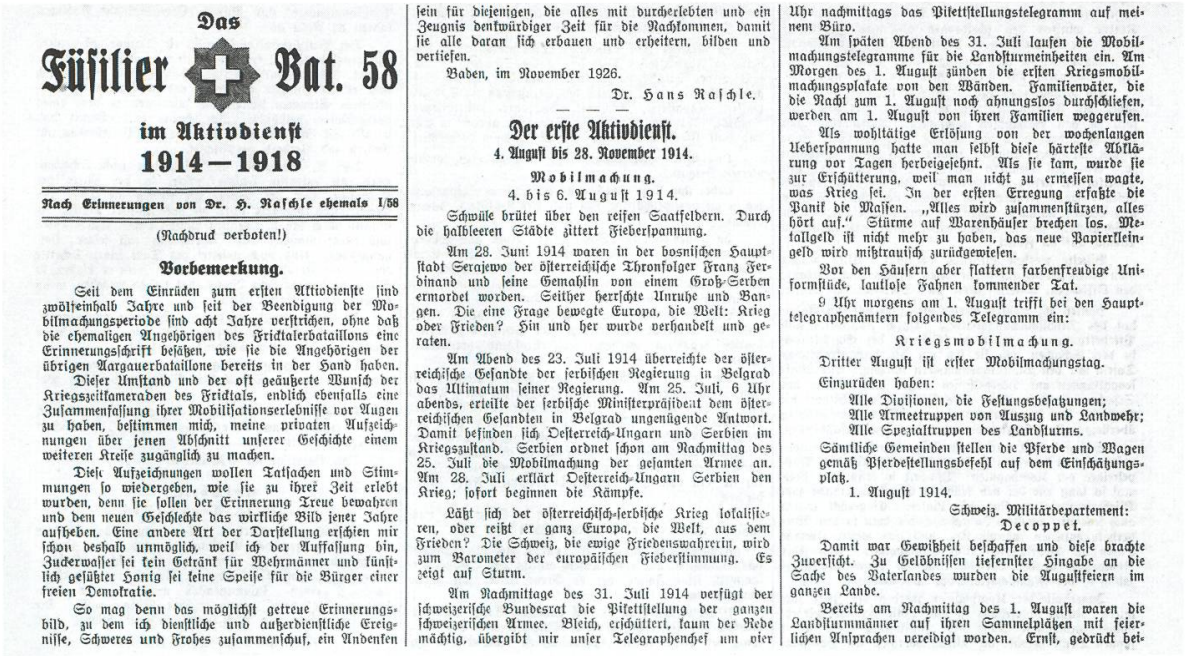
für die Erledigung der dringendsten Arbeiten frei zu bekommen.» Die betreffenden Arbeiter wurden verwarnt, in Zukunft werde jede Dienstverweigerung mit Kündigung geahndet. Des Weiteren ging ein Gerücht um, dass zwei wichtige Funktionäre der Gemeinde, Lehrer Killer und Spitalverwalter Surläuly, bei Versammlungen der Streikenden dem Aufruf, die Städtischen Werke ausser Betrieb zu setzen, nicht entgegengetreten seien. Der Stadtrat entschied, diesem Gerücht nachzugehen, um die beiden zu entlasten. Als Nächstes beschloss der Stadtrat Massnahmen gegen In- und Ausländer, die der revolutionären Propaganda verdächtigt wurden. Und als Letztes wollte er Antrag an die Gemeindeversammlung stellen, dem «Freien Aargauer» – dem Presseorgan der Sozialdemokraten – die Inserate der Stadt zu entziehen, ebenso den Untertitel «Publikationsorgan der Gemeinde Baden», da das Blatt ebenfalls der Propaganda beschuldigt wurde.[122]

Freitag, 22. November 1918: Sitzung des Stadtrates, weiterhin ohne Stadtrat Bisang. Die Untersuchungen zum Verhalten der Herren Killer und Surläuly hatten ergeben, dass es sich bei dem Gerücht um nicht nachprüfbare Schwätzereien handelte. Die Direktion der Städtischen Werke wollte Arbeitern kündigen, die sich während des Streiks hervorgetan hatten. Das lehnte der Stadtrat ab. «Nach einstimmiger Ansicht [...] dürfen Kündigungen im Anschluss an den Landesstreik nicht vorgenommen werden, da sie dem Beschluss betreffend Dienstverweigerung [...] widersprechen würden.»[123]

Montag, 25. November 1918: Sitzung des Stadtrates, ohne Stadtamman, dafür mit Stadtrat Bisang. Es kam zur Auseinandersetzung zwischen Bisang einerseits und Vizeamman Voser sowie Stadtrat Bollag (Kontaktmann zu den Städtischen Werken) andererseits. Der Entzug der Inserate beim «Freien Aargauer», das Verhalten der Streikenden und der Streikleitung sowie die Unterstützung aus Zürich gaben zu reden. Dabei führte der Vizeammann aus, der Stadtrat «habe alles verhütet, was den Anschein hätte erwecken können, man wolle das Kapital schützen.» (sic!) Und: «dass das Militär solange bei Seite bleiben müsse, als dieser Zweck [Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit – Anmerkung der Autorin] ohne diese Mittel erreicht werden könne». Bisang seinerseits versicherte, «dass die Arbeiterschaft den Willen hatte, den Betrieb der städtischen Werke aufrechtzuerhalten und die Werke nötigenfalls zu schützen». Er monierte zudem, dass der Stadtrat den städtischen Arbeitern mit Entlassung gedroht hatte, falls sie ein weiteres Mal streiken würden. Der Vizeammann erklärte, «es sei peinlich gewesen, wie sich die Stadtarbeiter nichts um die öffentliche Ordnung bekümmert hätten». Bisang stimmte der Wichtigkeit regelmässig gereinigter Strassen wegen der Grippe zu und erläuterte, er habe daher vom Krankenbett aus die Streikleitung aufgefordert, die Stadtarbeiter aus dem Streik zu entlassen.[124] Mit diesem Streitgespräch beendeten die Mitglieder des Stadtrats das Thema Landesstreik.



15 Max Oederlin: Marsch im Jura 1916 / 17, Grethlein & Co, Zürich und Leipzig, 1930. Die Gestaltung von Bucheinband und Schutzumschlag sind frühe Werke von Max Bill, 1908–1994, Schweizer Architekt und vielseitiger Künstler. Buch aus der Sammlung Felix Wiedler, Winterthur. Scan: Felix Wiedler.



Das
Füsilier Bat. 58
im Aktivdienst
1914—1918

Nach Erinnerungen von Dr. H. Raschle ehemals I/58

(Nachdruck verboten!)

Vorbemerkung.

Seit dem Einrücken zum ersten Aktivdienste sind zwölfeinhalb Jahre und seit der Beendigung der Mobilmachungsperiode sind acht Jahre verstrichen, ohne daß die ehemaligen Angehörigen des Fricktalerbataillons eine Erinnerungsschrift besäßen, wie sie die Angehörigen der übrigen Aargauerbataillone bereits in der Hand haben.

Dieser Umstand und der oft geäußerte Wunsch der Kriegszeitkameraden des Fricktals, endlich ebenfalls eine Zusammenfassung ihrer Mobilisationserlebnisse vor Augen zu haben, bestimmen mich, meine privaten Aufzeichnungen über jenen Abschnitt unserer Geschichte einem weiteren Kreise zugänglich zu machen.

Diese Aufzeichnungen wollen Tatsachen und Stimmungen so wiedergeben, wie sie zu ihrer Zeit erlebt wurden, denn sie sollen der Erinnerung Treue bewahren und dem neuen Geschlechte das wirkliche Bild jener Jahre aufheben. Eine andere Art der Darstellung erschien mir schon deshalb unmöglich, weil ich der Auffassung bin, Zuckerwasser sei kein Getränk für Wehrmänner und künstlich gesüßter Honig sei keine Speise für die Bürger einer freien Demokratie.

So mag denn das möglichst getreue Erinnerungsbild, zu dem ich dienstliche und außerdienstliche Ereignisse, Schweres und Frohes zusammenschuf, ein Andenken sein für diejenigen, die alles mit durcherlebten und ein Zeugnis denkwürdiger Zeit für die Nachkommen, damit sie alle daran sich erbauen und erheitern, bilden und vertiefen.

Baden, im November 1926.

Dr. Hans Raschle.

— — —

Der erste Aktivdienst.
4. August bis 28. November 1914.

Mobilmachung.
4. bis 6. August 1914.

Schwüle brütet über den reifen Saatfeldern. Durch die halbleeren Städte zittert Fieberspannung.

Am 28. Juni 1914 waren in der bosnischen Hauptstadt Serajewo der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand und seine Gemahlin von einem Groß-Serben ermordet worden. Seither herrschte Unruhe und Bangen. Die eine Frage bewegte Europa, die Welt: Krieg oder Frieden? Hin und her wurde verhandelt und geraten.

Am Abend des 23. Juli 1914 überreichte der österreichische Gesandte der serbischen Regierung in Belgrad das Ultimatum seiner Regierung. Am 25. Juli, 6 Uhr abends, erteilte der serbische Ministerpräsident dem österreichischen Gesandten in Belgrad ungenügende Antwort. Damit befinden sich Oesterreich-Ungarn und Serbien im Kriegszustand. Serbien ordnet schon am Nachmittag des 25. Juli die Mobilmachung der gesamten Armee an. Am 28. Juli erklärt Oesterreich-Ungarn Serbien den Krieg; sofort beginnen die Kämpfe.

Läßt sich der österreichisch-serbische Krieg lokalisieren, oder reißt er ganz Europa, die Welt, aus dem Frieden? Die Schweiz, die ewige Friedenswahrerin, wird zum Barometer der europäischen Fieberstimmung. Es zeigt auf Sturm.

Am Nachmittage des 31. Juli 1914 verfügt der schweizerische Bundesrat die Piketttstellung der ganzen schweizerischen Armee. Bleich, erschüttert, kaum der Rede mächtig, übergibt mir unser Telegraphenchef um vier Uhr nachmittags das Piketttstellungstelegramm auf meinem Büro.

Am späten Abend des 31. Juli laufen die Mobilmachungstelegramme für die Landsturmeinheiten ein. Am Morgen des 1. August zünden die ersten Kriegsmobilmachungsplakate von den Wänden. Familienväter, die die Nacht zum 1. August noch ahnungslos durchschliefen, werden am 1. August von ihren Familien weggerufen.

Als wohltätige Erlösung von der wochenlangen Ueberspannung hatte man selbst diese härteste Abklärung vor Tagen herbeigesehnt. Als sie kam, wurde sie zur Erschütterung, weil man nicht zu ermessen wagte, was Krieg sei. In der ersten Erregung erfaßte die Panik die Massen. „Alles wird zusammenstürzen, alles hört auf." Stürme auf Warenhäuser brechen los. Metallgeld ist nicht mehr zu haben, das neue Papierkleingeld wird mißtrauisch zurückgewiesen.

Vor den Häusern aber flattern farbenfreudige Uniformstücke, lautlose Fahnen kommender Tat.

9 Uhr morgens am 1. August trifft bei den Haupttelegraphenämtern folgendes Telegramm ein:

Kriegsmobilmachung.

Dritter August ist erster Mobilmachungstag.

Einzurücken haben:

Alle Divisionen, die Festungsbesatzungen;
Alle Armeetruppen von Auszug und Landwehr;
Alle Spezialtruppen des Landsturms.

Sämtliche Gemeinden stellen die Pferde und Wagen gemäß Pferdestellungsbefehl auf dem Einschätzungsplatz.

1. August 1914.

Schweiz. Militärdepartement:
Decoppet.

Damit war Gewißheit beschaffen und diese brachte Zuversicht. Zu Gelöbnissen tiefernster Hingabe an die Sache des Vaterlandes wurden die Augustfeiern im ganzen Lande.

Bereits am Nachmittag des 1. August waren die Landsturmmänner auf ihren Sammelplätzen mit feierlichen Ansprachen vereidigt worden. Ernst, gedrückt bei-

16 Hans Raschle: Das Füsilier Bat. 58 im Aktivdienst 1914–1918. Erinnerungsschrift, abgedruckt in 35 Teilen ab November 1926 in einer Zeitungsbeilage (Historisches Museum Baden, II CH 418 bs).
Es sind zwei Berichte überliefert von – übrigens gleichaltrigen – Badener Zeitzeugen über die Zeit des Ersten Weltkriegs. Beide erzählen vom Grenzdienst: das Buch von Max Oederlin, 1888–1957, Diplomat und Schriftsteller, und die Serie von Zeitungsartikeln von Hans Raschle, 1888–1938, Stadtschreiber.

Zusammenfassung und Einordnung

In den Jahren 1914–1918 waren die Badener Behörden mit vielfältigen, teils neuartigen Herausforderungen konfrontiert. In chronologischer Reihenfolge: Die Mobilmachung führte zu Lücken bei den erwerbstätigen Männern und bei den Verdienstmöglichkeiten und damit zu Ausfällen in den Kassen von Privaten und Unternehmungen. Der Stadtammann lancierte umgehend eine städtische Hilfsaktion zur Unterstützung von «brodlos gewordenen Familien». Ausserdem schuf die Stadt Erwerbsmöglichkeiten im Rahmen von Notstandsarbeiten, die allerdings nur bis Frühling 1915 nachgefragt wurden. Ab August 1914 war die Stadt zudem verpflichtet, das Militär mit diversen Hilfsfunktionen zu unterstützen: Pferde- und Wagenstellung bei jeder Mobilisierung, Pferde- und Wagenkontrollen bei jeder Demobilisierung; Bereitstellung von Unterkunft und Verpflegung für durchreisende Truppen; Ausrichtung der militärischen Notunterstützung für bedürftige Familien von Dienstleistenden, was die Prüfung von Anträgen, die Auszahlung der Gelder und die Abrechnung mit der Militärdirektion umfasste. Ab Herbst 1915 wurde die Versorgung der Stadt mit Lebens- und Verbrauchsmitteln zum Thema. Der Stadtammann bildete eine kleine Kommission, die mit verschiedenen Massnahmen versuchte, gegen Knappheit sowie Teuerung und Preistreiberei vorzugehen und ausserdem die Versorgung von Armen und Bedürftigen sicherzustellen. Zu diesen Massnahmen gehörten unter anderem die Einrichtung einer Suppenküche, die Abgabe von Pflanzland zum Anbau von Gemüse, die Einrichtung von Dörranlagen zur Konservierung der Ernte, die Intensivierung der Marktaufsicht, die Organisation von Einkaufsgemeinschaften, die Abgabe von Lebensmitteln zu vergünstigten Preisen an Bedürftige. Im Herbst 1917 musste die Kommission personell deutlich aufgestockt werden, da sich ihr Aufgabenbereich im Lauf der vergangenen zwei Jahre erweitert hatte: Neben der Beschaffung von Lebensmitteln, Obst und Kartoffeln waren die Versorgung mit Butter und Milch sowie mit Heiz- und Brennstoffen dazugekommen. Inzwischen wurden auch der Kanton und der Bund aktiv. Ab 1918 regelten kantonale und eidgenössische Verfügungen die Verbrauchsmittelfürsorge (Rationierungen), sodass die Stadt nur noch in deren Umsetzung involviert war, unter anderem mit der Einrichtung einer städtischen Brennstoffzentrale. Gleichzeitig trieb die Stadt die Elektrifizierung in städtischen Gebäuden voran: Schulhäuser und Stadtverwaltung erhielten eine Elektroheizung, im städtischen Krankenhaus und in der neuen Gemeindeküche wurden elektrische Kochstellen eingebaut, und im Bahnhof Oberstadt wurde die Beleuchtung elektrifiziert. Damit setzte die Stadt auch bei der Energieversorgung auf mehr Eigenproduktion und weniger Zukauf. Erleichtert wurde dieses Vorgehen durch die Gründung der Städtischen Werke, die nach der Übernahme von zwei Flusskraftwerken und einem Gaswerk den Betrieb per 1. Januar 1918 aufgenommen hatten.

Ebenfalls ab 1918 dehnte die Stadt die Bekämpfung von Knappheit und Teuerung auf den Wohnungsmarkt aus. Sie setzte eine Mietnotkommission ein, beschlag-

nahmte leerstehende Wohnungen, richtete finanzielle Hilfen bei der Sanierung von Wohnungen aus und beteiligte sich 1919 an der Gründung der Gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft Baden. Ende 1920 eröffnete die Stadt das amtliche Wohnungsnachweisbüro, um die Ausnutzung und Verteilung von Wohnraum zu steuern.

Der Finanzhaushalt der Stadt wurde ordentlich strapaziert, einerseits durch die Finanzierung der oben erwähnten Massnahmen, andererseits durch die städtische Lohnpolitik. Die Stadt war eine fortschrittliche Arbeitgeberin. Sie bezahlte Diensttuenden während ihrer Abwesenheit weiterhin das volle Salär (ausgenommen waren Offiziere) und sie glich die Teuerung vollständig aus, nur die Stadträte verzichteten darauf. Obwohl sich das Total für Besoldungen zwischen 1914 und 1920 mehr als verdoppelte, wurde es immer über die ordentliche Jahresrechnung abgerechnet. Dabei blieb der Steuerfuss 1914–1918 unverändert, erst nach Kriegsende wurde er angehoben. Die Ausgaben für ausserordentliche Notstandsmassnahmen hingegen wurden 1917 in eine separate Rechnung ausgelagert und über Kredite finanziert. Im Sommer 1920 schloss die Notstandsrechnung mit einem Defizit von 400 000 Franken ab. Bis Ende Jahr gelang es der Stadt, das Defizit auf 290 000 Franken zu reduzieren. Ebenfalls Ende 1920 machten sich erste Anzeichen von Arbeitslosigkeit bemerkbar.

Einordnung der Arbeit: Neben gesamtschweizerischen Darstellungen und Darstellungen, wie namhafte Schweizer Unternehmen die Zeit überstanden,[125] sind Veröffentlichungen rar, die die Frage beantworten, wie eine bestimmte Gemeinde die Zeit des Ersten Weltkriegs meisterte. Eine Ausnahme ist die 2014 erschienene Monographie über die Grenzstadt Basel 1914–1918.[126] Dabei lohnt es sich, den Fokus auf die politische Gemeinde zu richten, denn so ergibt sich ein Beitrag zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Schweiz: die Ausweitung von Fürsorge als staatliche Aufgabe am Anfang des 20. Jahrhunderts. Am Beispiel der Stadt Baden lässt sich zeigen, dass diese Ausweitung in mehreren Schritten ablief: zunächst quantitativ (mehr Geld für mehr Bezüger), später qualitativ (neue Themen und Aktivitätsfelder für die politische Gemeinde, dabei wenig Vorgaben zur Erfüllung) und am Schluss führten neue Akteure (kantonale und eidgenössische Stellen wie Kohlezentrale, Milchzentrale, eidgenössisches Ernährungsamt) sowie gemeinde- und kantonsübergreifende Vorgaben zu neuartigen Leistungen in der staatlichen Fürsorge (beispielsweise Rationierungen oder die Verbilligung von Lebensmitteln, finanziert durch Bund, Kantone und Gemeinden gemeinsam). Fazit: Der politische Meinungsbildungsprozess über die Ausgestaltung und Positionierung von Sozialpolitik wurde durch die Krisenjahre des Ersten Weltkriegs angestossen und vorangetrieben.

Nicht von ungefähr kam es in diesen Jahren im Kanton Aargau auch zu einer bildungspolitischen Premiere: Das neue kantonale «Gesetz über Leistungen des Staates für das Volksschulwesen» regelte unter anderem die Besoldung von Lehrkräften neu. Diese wurden ab 1920 vom Kanton entlohnt, und zwar in allen Gemein-

den einheitlich. Damit wurde die Situation der Lehrkräfte und ihrer Familien, vor allem in armen Landgemeinden, deutlich verbessert. Das Gesetz war Ende 1919 mit grosser Mehrheit angenommen worden. Auch hier setzte sich die Erkenntnis durch, dass sich der Kanton an der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe beteiligen soll, wenn die Gemeinden damit überfordert sind.[127]

Als letzte der vielen Herausforderungen für die Stadt Baden sind für das Jahr 1918 die Grippeepidemie im zweiten Halbjahr und die Vorkommnisse rund um den Landesstreik im November zu nennen. Die Stadt zählte 49 Grippetote (von insgesamt 197 Verstorbenen), rund 2600 Personen erkrankten an Grippe. Die Schulen wurden wiederholt für mehrere Wochen geschlossen und es galt ein Versammlungsverbot, was Gottesdienste, Chorproben und den öffentlichen Kur- und Kasinobetrieb beeinträchtigte. Mitten in die Epidemie – die Schulen waren geschlossen, viele Einwohner waren krank – platzte im November der Landesstreik.

Die Streiktage in Baden verliefen milder als anderswo, denn in Baden waren die Milieus von Arbeiterschaft und Sozialdemokraten und Bürgertum miteinander verflochten: Der Präsident der Arbeiterunion sass im Stadtrat, der sozialdemokratische Spitalverwalter war früher Stadtrat, und der Rektor der Badener Gemeindeschule war in der lokalen Streikleitung aktiv. Ausserdem verstand sich der Stadtrat nicht als Konfliktpartei, sondern versuchte die Rechte von Streikwilligen und von Arbeitswilligen gleichermassen zu sichern: «Der Gemeinderat anerkennt das Recht auf Streik, aber auch das Recht auf Arbeit.»[128] Im Umgang mit streikenden Stadtarbeitern liess er Nachsicht walten, im Unterschied zu anderen Arbeitgebern, beispielsweise der Armaturenfabrik Oederlin.[129] Die lokale Streikleitung zeigte im Gegenzug Verständnis für die Situation der städtischen Behörden und ging auf ihre Anliegen ein. Der weitgehend friedliche Streikverlauf wurde erst durch auswärtige Aktivisten gefährdet, die die Zürcher Streikleitung – gegen der Willen der Badener[130] – limmatabwärts geschickt hatte. Das, zusammen mit den Gerüchten über geplante Angriffe auf die Elektrizitätsversorgung der Stadt, veranlasste die städtischen Behörden, militärische Einheiten nach Baden zu rufen, um den örtlichen Ordnungsdienst zu verstärken. Dabei ist festzuhalten, dass sich die militärischen Kommandanten den zivilen Behörden unterordneten und ausschliesslich in deren Auftrag handelten. Von einer militärischen Besetzung Badens kann also keine Rede sein.[131]

Im Rückblick fällt auf, auf wie viele Ressourcen die Stadt Baden während der Kriegs- und Krisenjahre zurückgreifen konnte. Sie verfügte über ausreichend finanzielle Mittel, um ausserordentliche Ausgaben zu stemmen; sie konnte auf tatkräftige Organisatoren in Politik, Verwaltung und Einwohnerschaft zur Etablierung ausserordentlicher Strukturen und Prozesse zurückgreifen; sie war politisch hervorragend vernetzt und gut informiert durch Stadträte, die im kantonalen oder nationalen Parlament sassen, durch Kontakte zu Wirtschaftsminister Schulthess, der Baden aus seiner Zeit als BBC-Verwaltungsrat kannte, aber auch durch persönliche Verbindungen zur Arbeiterschaft und Sozialdemokratie; sie konnte auf lokalen Sachverstand

zählen, wenn es galt, technische Kommissionen einzusetzen, die die Elektrifizierung städtischer Einrichtungen vorantrieben. All das lässt vermuten, dass der Badener Weg durch Krieg und Krise atypisch war. Die Stadt kam wohl ungewöhnlich gut mit den Schwierigkeiten der Zeit zurecht.

Gespräche

Ich danke folgenden Experten für die hilfreichen Erläuterungen zur Militärgeschichte, insbesondere zur Geschichte der Aargauer Truppen:

Prof. Dr. Rudolf Jaun, emeritierter Titularprofessor für Militärgeschichte an der Universität Zürich. Telefongespräch am 15. September 2017.

Dr. Dieter Wicki, Oberst im Generalstab, Chef Armeearchiv. Gespräch am 20. September 2017 im Zeughaus Aarau.

Bibliographie

Ungedruckte Quellen

Stadtarchiv Baden (StAB):

B.21.9, Gemeinderat, Protokoll, 1803–1951.

B.31.64, Hülfsaktion der Stadt Baden, Rechnung, 1915–1919.

E.37.1.1, Einwohnergemeinde, Rechnungen, 1905–1918.

E.37.1.2, Einwohnergemeinde, Rechnungen, 1919–1932.

N.03.92, Denkschrift über den Verlauf des Landes-Generalstreiks vom 11.–14. November 1918 in der Stadt Baden [diese den Tatsachen entsprechenden Erinnerungen wurden Ende Dezember 1918 nach Aufzeichnungen während der Tage des Landesgeneralstreiks niedergeschrieben].

Q.09.10, Historisches Museum Baden, Fotosammlung, Leute.

Q.12.1, Historisches Museum Baden, Fotohaus Zipser.

Historisches Museum Baden:

Das Füsilier Bat. 58 im Aktivdienst 1914–1918. Nach Erinnerungen von Dr. H. Raschle ehemals I/58. (II CH 418 bs).

Gedruckte Quellen

Oederlin, Max: Marsch im Jura 1916/17. Zürich und Leipzig, 1930.

Darstellungen

Furter, Fabian; Meier, Bruno; Schaer, Andrea; Wiederkehr, Ruth: Stadtgeschichte Baden. Baden 2015.

Gautschi, Willi: Geschichte des Kantons Aargau 1885–1953. Baden 1978.

Gautschi, Willi: Ein vertraulicher Bericht der Badener Behörden über die Generalstreiktage von 1918: ein bisher unveröffentlichtes Dokument. In: Badener Neujahrsblätter 1984, S. 84–97.

Historische Gesellschaft des Kantons Aargau (Hg.): Biographisches Lexikon des Kantons Aargau 1803–1957, Aarau 1958.

Hoegger, Rudolf: Revolution – auch in der Kleinstadt: der Generalstreik in Baden. In: Badener Neujahrsblätter 1969, S. 56–69.

Jorio, Marco: «Vergessene Notunterstützung», waren die Soldatenfamilien im Ersten Weltkrieg tatsächlich der Verarmung preisgegeben? In: NZZ Geschichte, Nr. 14, Februar 2018, S. 112f.

Krämer, Daniel; Pfister, Christian; Segesser, Daniel (Hg.): «Woche für Woche neue Preisaufschläge», Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges, Basel 2016.

Kreis, Georg: Insel der unsicheren Geborgenheit, die Schweiz in den Kriegsjahren 1914–1918. 2., überarbeitete Auflage, Zürich 2014.

Labhardt, Robert: Krieg und Krise. Basel 1914–1918, Basel 2014.

Mittler, Otto: Geschichte der Stadt Baden, Bd. 2, von 1650 bis zur Gegenwart. Aarau 1965.

Regierungsrat des Kantons Aargau (Hg.): 150 Jahre Kanton Aargau im Lichte der Zahlen, 1803–1953. Aarau 1954.

Rossfeld, Roman; Straumann, Tobias (Hg.): Der vergessene Wirtschaftskrieg, Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg. 2. Auflage, Zürich 2016.

Steigmeier, Andreas: Mehr Licht, der Weg der Stadt Baden zur modernen Energie- und Wasserversorgung. Baden 1991.

Steigmeier, Andreas: «Der Lehrer sei arm aber brav», eine kleine Geschichte der aargauischen Lehrerschaft am Beispiel ihrer Kantonalkonferenz. Baden 2000.

Ventura, Andrea: Der Krieg war vorbei, die Krise blieb. Nachwehen und Neuanfänge in der Stadt Baden im Jahr 1919. In: Badener Neujahrsblätter 2019 (in Vorbereitung).

Zehnder, Patrick: Flugblätter gegen blanke Säbel, physische und symbolische Raumeinnahme im Aargau während des Landesstreiks 1918. In: Argovia 2017, Bd. 129, Baden 2017, S. 49–72.

Zehnder, Patrick: Hundert Jahre Ringen um die «richtige Deutung», der Landesstreik von 1918 in der Region Baden. In: Badener Neujahrsblätter 2018, S. 118–129.

Anmerkungen

[1] Duden online, ‹https://www.duden.de/rechtschreibung/Fuersorge› [abgerufen am 10.11.2017].

[2] Ein Eindruck davon vermittelt der Beitrag von Andrea Ventura: Der Krieg war vorbei, die Krise blieb. Nachwehen und Neuanfänge in der Stadt Baden im Jahr 1919. In: Badener Neujahrsblätter 2019 (in Vorbereitung).

[3] Kreis, Georg: Insel der unsicheren Geborgenheit, die Schweiz in den Kriegsjahren 1914–1918, 2., überarbeitete Auflage. Zürich 2014. Krämer, Daniel; Pfister, Christian; Segesser, Daniel (Hg.): «Woche für Woche neue Preisaufschläge», Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges. Basel 2016.

[4] Gautschi, Willi: Geschichte des Kantons Aargau 1885–1953. Baden 1978, S. 154–180.

[5] Mittler, Otto: Geschichte der Stadt Baden, Bd. 2, von 1650 bis zur Gegenwart. Aarau 1965. Furter, Fabian; Meier, Bruno; Schaer, Andrea; Wiederkehr, Ruth: Stadtgeschichte Baden. Baden 2015.

[6] Hoegger, Rudolf: Revolution – auch in der Kleinstadt: der Generalstreik in Baden. In: Badener Neujahrsblätter 1969, Baden 1969, S. 56–69. Gautschi, Willi: Ein vertraulicher Bericht der Badener Behörden über die Generalstreiktage von 1918: ein bisher unveröffentlichtes Dokument. In: Badener Neujahrsblätter 1984, Baden 1984, S. 84–97. Zehnder, Patrick: Hundert Jahre Ringen um die «richtige Deutung», der Landesstreik von 1918 in der Region Baden. In: Badener Neujahrsblätter 2018, S. 118–129. Zehnder, Patrick: Flugblätter gegen blanke Säbel, physische und symbolische Raumeinnahme im Aargau während des Landesstreiks 1918. In: Argovia 2017, Bd. 129, Baden 2017, S. 49–72.

[7] StAB, E.37.1.1 und E.37.1.2, Einwohnergemeinde, Rechnungen, 1914–1920. StAB, B.21.9, Gemeinderat, Protokoll, 1914–1920.

[8] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1914, Trakt. 1694 und 1657. Hans Raschle, Dr. iur., 1888–1938, Stadtschreiber von Baden 1913–1938. Josef Jäger, 1852–1927, Stadtrat von Baden ab 1902, Stadtammann 1910–1927.

[9] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1914, Trakt. 1660 und StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1914, S. 10.

[10] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1914, Trakt. 1688 sowie Trakt. 2004, 2023 und 2041.

[11] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1914, Trakt. 1707 und 1745, 1886.

[12] Kreis, Insel der unsicheren Geborgenheit, S. 123.

[13] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1914, Trakt. 1655.

[14] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1914, S. 6 und S. 15. Verwaltungsbericht 1915, S. III und XXI.

[15] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1914, Trakt. 1656–1661.

[16] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1914, Trakt. 1689, 1718 und 1727, 1776, 1783, 1827, 1887. Ausserdem StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1914, S. 11. Zur Landwehr gehörten die mittleren Jahrgänge: 30- bis 40-jährige Wehrpflichtige.

[17] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1914, Trakt. 1656 und Stadtratsprotokoll 1915, Trakt. 369.

[18] Die beschriebenen Dienstintervalle galten für die Mehrheit der aargauischen Truppen. Spezialeinheiten folgten einem anderen Einsatzplan. Siehe Regierungsrat des Kantons Aargau (Hg.): 150 Jahre Kanton Aargau im Lichte der Zahlen, 1803–1953. Aarau 1954, S. 210.

[19] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1914, Trakt. 2100, 1965 und 2101. StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1915, S. IV.

[20] Der Tagessold eines Füsiliers betrug 1914 80 Rappen, ab November 1917 1.30 Franken und ab April 1918 2 Franken. Siehe Gautschi, Geschichte des Kantons Aargau, S. 157.

[21] Jorio, Marco: «Vergessene Notunterstützung». In: NZZ Geschichte, Nr. 14, Februar 2018, S. 112f.

[22] Gautschi, Geschichte des Kantons Aargau, S. 170.

[23] Tagessätze der Militärnotunterstützung Mitte 1917: 2.40 Franken pro Erwachsener, 80 Rappen pro

Kind. Siehe Kreis, Insel der unsicheren Geborgenheit, S. 164.

[24] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1914, Trakt. 1732. StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1914, S. 6.

[25] StAB E.37.1.1 und E.37.1.2, Verwaltungsberichte 1914–1919.

[26] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1914, Trakt. 2060 und 2446. Stadtratsprotokoll 1915, Trakt. 246.

[27] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1914, S. 6. StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1914, Trakt. 1821.

[28] Kreis, Insel der unsicheren Geborgenheit, S. 123.

[29] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1914, Trakt. 1655.

[30] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1914, Trakt. 1690 und 1724. StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1914, S. 7.

[31] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1915, Trakt. 713, 1497 und 1963. StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1915, S. III.

[32] StAB B.31.64, Rechnung der Hülfsaktion Baden.

[33] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1914, Trakt. 1780. StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1914, S. 5 und Verwaltungsbericht 1915, S. III.

[34] StAB E.37.1.1 und E.37.1.2, Verwaltungsberichte 1916–1919. Die Quellen geben keinerlei Erklärung zum Zusammenhang zwischen Portionen (1916–1919) und Litern (1914 und 1915) als Mass für die Suppenmenge.

[35] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 396, 1195, 1668 und 1965.

[36] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1915, S. IV.

[37] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1916 S. III.

[38] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1917, S. III

[39] StAB E.37.1.2, Verwaltungsbericht 1919, S. 5.

[40] StAB E.37.1.2, Verwaltungsbericht 1920, S. 2.

[41] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1916, S. III.

[42] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1915, Trakt. 1676 und 1825. StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1915, S. IV.

[43] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1916, S. IV. StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1916, S. 91 und Trakt. 1713.

[44] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1917, S. IV.

[45] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1918, S. 8. StAB E.37.1.2, Verwaltungsbericht 1919, S. 5.

[46] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1918, S. 25.

[47] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1915, S. IV und Verwaltungsbericht 1916, S. IV.

[48] Gautschi, Geschichte des Kantons Aargau, S. 166.

[49] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1917, Trakt. 49 und 72. StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1917, S. VI, Verwaltungsbericht 1918, S. 10 und Verwaltungsbericht 1919, S. 6.

[50] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1917, S. VI und Verwaltungsbericht 1918, S. 9.

[51] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1917, S. VI, Verwaltungsbericht 1918, S. 10 und Verwaltungsbericht 1919, S. 6.

[52] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1917, Trakt. 1761 und S. 137. StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1917, S. IV.

[53] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1915, S. IV.

[54] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1916, S. IV und Verwaltungsbericht 1918, S. 9.

[55] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1917, Trakt. 557, 611 und 615.

[56] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1915, Trakt. 499 und 586.

[57] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1917, Trakt. 337, 376 und 379, 456.

[58] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 32 und 289. In der Quelle ist die Fläche des Sportplatzes mit einer Jucharte angegeben, was 36 Aren entspricht.

[59] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1917, S. IV und Verwaltungsbericht 1918, S. 8. StAB E.37.1.2, Verwaltungsbericht 1919, S. 5 und Verwaltungsbericht 1920, S. 2.

[60] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1917, Trakt. 601. Hackfrüchte sind Ackerfrüchte, die während ihres Wachstums ein mehrmaliges Auflockern des Bodens erfordern.

[61] Krämer et al. (Hg.), Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte, S. 321 f.

[62] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1917, S. IV und Verwaltungsbericht 1918, S. 8. StAB E.37.1.2, Verwaltungsbericht 1919, S. 5.

[63] StAB E.37.1.2, Verwaltungsbericht 1919, S. 20–21 und StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1917, S. XXIII.

[64] StAB E.37.1.1, Verwaltungsberichte 1914–1918.

[65] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1917, S. IV und Verwaltungsbericht 1918, S. 8. StAB E.37.1.2, Verwaltungsbericht 1919, S. 5.

[66] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1914, Trakt. 1662, 1881 und 1712, sowie Stadtratsprotokoll 1915, Trakt. 667. 1 Ster entspricht 1 Kubikmeter geschichtetes Brennholz.

[67] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1915, Trakt. 1422, 1431, 1539 und 1825.

[68] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1917, Trakt. 73, 172, 959, 1623, 2166 und Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 31. 1 (Reis-)Welle bezeichnet 1 Bund Reisigholz, das sich nicht spalten lässt.

[69] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1917, Trakt. 1287 und Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 359.

[70] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1917, Trakt. 873 und

1996. StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1917, S. VII und Verwaltungsbericht 1918, S. 9.

[71] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1917, Trakt. 230 und 237.

[72] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1917, Trakt. 231 und Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 845.

[73] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1917, Trakt. 1326 und 1782.

[74] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1917, Trakt. 1553 und 2054 sowie Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 891.

[75] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1917, S. V und Verwaltungsbericht 1918, S. 9.

[76] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1917, S. I und S. XI. Die Zustimmung scheint überwältigend, allerdings gab nur eine gute Hälfte der Stimmfähigen überhaupt eine gültige Stimme ab.

[77] Steigmeier, Andreas: Mehr Licht, der Weg der Stadt Baden zur modernen Energie- und Wasserversorgung. Baden 1991, S. 53.

[78] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1917, Trakt. 1046 und Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 932.

[79] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 1745.

[80] Thalmann, Philippe: Der Wohnungsbau als Spiegel der Konjunktur. In: Historisches Lexikon der Schweiz: Wohnungsbau. ‹http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D13916.php› [abgerufen am 7.8.2017].

[81] StAB E.37.1.1 und E.37.1.2, Verwaltungsberichte 1914–1919. Die Einwohnerzahl wurde wohl am Ende jedes Kalendermonats festgestellt. Aus diesen zwölf Werten zur Einwohnerzahl konnte für jedes Jahr Minimum und Maximum sowie der Durchschnitt berechnet werden.

[82] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1917, Trakt. 603 und 1962.

[83] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1918, S. 3f. StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 38 und 101. StAB E.37.1.2, Verwaltungsbericht 1920, S. 3.

[84] StAB E.37.1.2, Verwaltungsbericht 1919, S. 25.

[85] StAB E.37.1.2, Verwaltungsbericht 1919, S. 4.

[86] StAB E.37.1.2, Verwaltungsbericht 1920, S. 3.

[87] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1914, Trakt. 1702 und 1739 sowie 1863, 1951 und 1999. Offiziere bekamen einen deutlich besseren Tagessold als einfache Soldaten: 7 Franken für einen Leutnant, 20 Franken für einen Oberst. Siehe Gautschi, Geschichte des Kantons Aargau, S. 157.

[88] Gautschi, Geschichte des Kantons Aargau, S. 165f.

[89] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1916, S. IV–V. StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1917, Trakt. 632. StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1917, S. VII–VIII und Verwaltungsbericht 1918, S. 7.

[90] StAB E.37.1.1 und E.37.1.2, Verwaltungsberichte 1914–1919.

[91] StAB E.37.1.2, Verwaltungsbericht 1919, S. 4 und Verwaltungsbericht 1920, S. 2.

[92] StAB E.37.1.1 und E.37.1.2, Jahresrechnungen der Einwohnergemeinde 1914, 1918 und 1920.

[93] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1917, S. VII.

[94] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 353.

[95] StAB E.37.1.2, Einwohnergemeinde, Rechnung 1920, S. 54.

[96] Guzzi-Heeb, Sandro: Inflation, Abbildung 1, Jahresteuerung in der Schweiz 1890–2005. In: Historisches Lexikon der Schweiz, ‹http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D13660.php› [abgerufen am 31.5.2018].

[97] Die Berechnung der Steuer verlief in zwei Schritten. Im ersten Schritt wurde ausgehend von Erwerbseinkommen und Vermögen des Steuerpflichtigen die sogenannte ganze einfache Steuer berechnet – ein bestimmter Frankenbetrag. Im zweiten Schritt wurde besagter Frankenbetrag mit dem Steuerfuss multipliziert. Jede politische Gemeinde und auch der Kanton selbst hatten ihren eigenen Steuerfuss.

[98] StAB E.37.1.1 und StAB E.37.1.2, Verwaltungsberichte 1914–1919. Steuerertrag 1920: StAB E.37.1.2, Einwohnergemeinde, Rechnung 1920, S. 19.

[99] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1918 S. 4f. und StAB E.37.1.2, Verwaltungsbericht 1920, S. 3.

[100] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 1351, 1948 und 2199.

[101] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1918, S. 4 und StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 1892, 1936 und 2125.

[102] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1918, S. 4 und StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 1949.

[103] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 1571 und 1949.

[104] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 1950.

[105] StAB E.37.1.1 und E.37.1.2, Verwaltungsberichte 1914–1919.

[106] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 1367 und 1417.

[107] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 1416 und 1951.

[108] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1918, S. 5.

[109] StAB E.37.1.1 und E.37.1.2, Verwaltungsberichte 1914–1919.

[110] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1918, S. 5.

[111] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 1570 und 1900.

[112] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1918, diverse Traktanden aus den Sitzungen vom 8., 11., 18., 22. und 25. November.

[113] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1918, S. 5–7.

[114] Der Begriff «Memorial» (Tagebuch) stammt aus dem Stadtratsprotokoll vom 18. November 1918. Das Dokument selbst trägt den Titel «Denkschrift über den Verlauf des Landes-Generalstreiks vom 11.–14. November 1918 in der Stadt Baden», StAB N.03.92.

[115] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 2090.

[116] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 2088.

[117] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1918, S. 5f.

[118] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1918, S. 6.

[119] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1918, S. 6.

[120] StAB E.37.1.1, Verwaltungsbericht 1918, S. 7.

[121] Abgedruckt in Gautschi, Willi: Ein vertraulicher Bericht der Badener Behörden über die Generalstreiktage von 1918. Ein bisher unveröffentlichtes Dokument. In: Badener Neujahrsblätter 1984, S. 84–97.

[122] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 2118.

[123] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 2133.

[124] StAB B.21.9, Stadtratsprotokoll 1918, Trakt. 2159.

[125] Rossfeld, Roman; Straumann, Tobias (Hg.): Der vergessene Wirtschaftskrieg, Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg. 2. Auflage, Zürich 2016.

[126] Labhardt, Robert: Krieg und Krise. Basel 1914–1918, Basel 2014.

[127] Steigmeier, Andreas: «Der Lehrer sei arm aber brav», eine kleine Geschichte der aargauischen Lehrerschaft am Beispiel ihrer Kantonalkonferenz. Baden 2000, S. 42.

[128] Aufruf des Stadtrates an die Bevölkerung von Baden am 13. November 1918, nach Gautschi, Bericht über die Generalstreiktage in Baden, S. 85.

[129] Zehnder, Patrick: Hundert Jahre Ringen um die «richtige Deutung», der Landesstreik von 1918 in der Region Baden. In: Badener Neujahrsblätter 2018, S. 122.

[130] Gautschi, Geschichte des Kantons Aargau, S. 218.

[131] Zehnder, Ringen um die Deutung des Landesstreiks, S. 123.